

Wahlrechtsfreunde!

Bereits in der kommenden Woche findet die dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhaus statt. Es ist also dringend notwendig, daß das Volk seine Stimme erhebt. Wir laden deshalb alle Wahlrechtsfreunde Breslaus zu einer kurzen Kundgebung am Sonntag Nachmittag 1 1/2 Uhr im

Garten des Restaurants „Bergkeller“

in der Metzschauerstraße ein. Diese Einladung richtet sich an alle Wahlrechtsfreunde, besonders aber an die liberale Wählerschaft der Stadt, deren Führer eine Beteiligung an der Kundgebung abgelehnt haben. Aus zahlreichen Auslassungen dieser Presse geht hervor, daß die freisinnigen Wähler mit dieser Zurückhaltung nicht einverstanden sind.

Deshalb auf zum Protest, Wahlrechtsfreunde aller Parteien!

Die Demokratische Vereinigung
Breslau.

Sozialdemokratischer Verein
Breslau Stadt.

Verein für Frauenstimmrecht
Ortsgruppe Breslau.

Chren-Tafel.

- Weibe
- Ratsch
- Rlofe
- Raiser
- Dr. Niemann
- John
- Menbe
- Cardocus
- Dr. Herchel
- Rudolph
- Jeron
- Dr. Hoffmann
- Seibert
- Tscherner
- Dr. Dujakowski
- Dr. Peuder
- Dr. Körner II.
- Simon
- Scholz
- Pruffog
- Szaya
- Dziesan
- Finger
- Vullius
- Dertel
- Scholz II.
- Skayde
- Bed
- Birke
- Friedrich
- Dr. Höffer
- von Rochow
- Strafa
- Uhr
- Ramphausen
- Gärtner II.
- Ritsche

Obige Stadtverordneten Breslaus entzogen sich einer städtischen Kundgebung für das freie Wahlrecht!

Unsere frühere Bezeichnung dieser Liste als „Schand-Säule“ hat das starke Mißfallen der hart besetzten liberalen Presse hervorgerufen. Da wir die Verantwortung nicht übernehmen können, wenn die „Schlesische Volkszeitung“ an ihren

guten Sitten Schaden leidet, nehmen wir ihren Vorschlag an und taufen diese Säule „Ehren-Tafel“. Unsere Leser können ja selbst entscheiden, wie sie die Abstammung der oben benannten Herren bewerten wollen.

Wahlrechtsfreunde heraus!

Wahlrechtsfreunde heraus! Dieser Ruf ertönte am vergangenen Sonntag von Ost nach West, von Süd nach Nord im Preußenlande, er brach sich an den Sandsteinsäulen des Reichstagsgebäudes und hallte den Rhein hinauf, hinunter, um weit hinaus in die deutschen Meere zu erschallen und hinauf zu den Höhen des schlesischen Gebirges! Breslaus Proletariat hat diese Demonstrationen bereits am 20. Februar mit einer Massenversammlung im „Dehten Keller“ eingeleitet, und so gewissermaßen das erste Signal für die neue Form der Kundgebungen gegeben, der dann bald die Riesendemonstration in Frankfurt a. M. folgte, an der sich drei verschiedene Parteien beteiligten.

Um nun auch für Breslau die Wahlrechtsfreunde aller Parteien zu einer Kundgebung zusammenzufassen, hat sich in dankenswerter Weise die hiesige Ortsgruppe der Demokratischen Vereinigung bemüht, die Organisationen der liberalen und sozialdemokratischen Partei zu einer gemeinsamen Versammlung einzuladen, und diese, wenn möglich, auf einem großen städtischen Platze abzuhalten. Aber während die Bürgermeister von Berlin, Frankfurt a. M., Steittin, Danzig, Essen und anderen Orten bereitwillig die städtischen Anlagen, die allen Bürgern dienen sollen, zur Verfügung stellen, lehnte der Breslauer Magistrat ein solches Gesuch zunächst unter fadenheintigen Ausreden, später aber prinzipiell ab. Der Oberbürgermeister, der allsonntäglich die der Bürgerschaft gehörigen Gebäude der Polizei zur Verfügung stellt, will diese Behörde nicht verärgern und sich nicht auf eine Seite der streitenden Parteien stellen. Within regiert in Breslau auch auf städtischem Besitz der Polizeipräsident, dem sich unser sonst so mutiger, großer Kommunalchef bereitwillig unterwirft! Er will sich nicht auf eine Seite der Parteien stellen, gibt aber den Ultramontanen denselben Platz her, den er den Wahlrechtsfreunden verweigert! Niemand von der linken Seite würde und könnte ihm einen Vorwurf machen, wenn er den Dreiklassenfreunden für ihre etwaigen Versammlungen städtische Plätze hergäbe, niemand hat von ihm eine Parteilichkeit verlangt. Aber ein ostelbischer Bürgermeister! Der erstirbt über in Polizeifurcht und schwächlicher Rücksichtnahme, als daß er allen Einwohnern der Stadt das gleiche Recht zubilligt! Der Breslauer Magistrat macht dadurch die Wahlrechtskundgebung natürlich nicht unmöglich, er gibt sich nur vor aller Welt die Blöße der Parteilichkeit und sichert sich damit in Preußens Geschichte bleibende Blamage, die er auf anderem Gebiete vermeiden wollte.

Aber er steht mit seiner furchtsamen Weltfremdheit nicht allein. Auch die freisinnigen Vereine am Orte haben nicht so viel Mut aufgebracht, sich an der Kundgebung zu beteiligen, sondern ohne Begründung die Einladung abgelehnt. Sie haben damit zweiten Grades des wirklich freigestellten Bürgertums gezeigt, daß auch die neue fortschrittliche Volkspartei in Breslau nicht daran denkt, die einheitliche Phalanx der volksfreundlichen Parteien herzustellen. Wie unglaublich hilflos und fremd diese sogenannten freisinnigen Vereine den Forderungen des Tages gegenüberstehen, dafür legt folgende Antwort des Vereins „Franz Biegler“ Zeugnis ab, die wir zu Ruhm und Frommen der freisinnigen Bürgerschaft hier wiedergeben:

An den Vorstand der demokratischen Vereinigung hier.

Es ist uns nicht möglich, zu Ihrem Vorschlage Stellung zu nehmen, da eine Versammlung unseres Vereins oder eine Sitzung des Vorstandes vor dem 18. d. M. nicht in Aussicht genommen ist. Ergebenst

Verein Franz Biegler.

In dieser politisch bewegten Zeit kann der Verein „nicht Stellung nehmen“, weil er keine Sitzung angelegt hat! Das ist die Schlagfertigkeit und Volkstümlichkeit der liberalen Parteiorganisationen! Nach dem Adressbuch ist Vorsitzender dieses Vereins Herr Justizrat Zeige, der Brief trägt keine Unterschrift — vielleicht hat es keines der Vorstandsmittelglieder über sich gebracht, ein solches geschäftliches Dokument zu unterzeichnen.

Zum Glück ist die Opposition, die augenblicklich das preußische Volk durchbraut, auf diese Organisationen nicht angewiesen, und die zahlreichen Anhänger der freisinnigen Partei, die auch uns in den letzten Wochen mit Vorschlägen für ein „Zusammengehen“ heimgelassen, finden an anderer Stelle die Kräfte, die für eine Willenskundgebung in ihrem Sinne Sorge tragen. Ob sie es allerdings unter diesen Umständen noch nötig haben, die Ueberprüfung in die neue fortschrittliche Volkspartei mitzumachen, oder ob sie sich nicht in einer politisch zuverlässigeren und rührigeren Partei eine Heimstatt suchen, das werden sie sich ernstlich zu überlegen haben. Dem Mutigen gehört die Welt und den Schwächlichen zerbricht das Rad der Zeit! Das gilt nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die Parteien.

Die geplante Kundgebung wird nunmehr von der Demokratischen Vereinigung, vom Verein für Frauenstimmrecht und dem Sozialdemokratischen Verein veranstaltet und findet am Sonntag Nachmittag um 1 1/2 Uhr im Garten des „Bergkeller“ statt. Diese Zeit ist gewählt, um auch den zahlreichen Geschäftsleuten und ihren Angestellten die Teilnahme zu ermöglichen. Die Redner der verschiedenen Parteien werden von den einzelnen Tribünen herab Ansprachen halten; für die Demokraten spricht Dr. Breitscheid-Berlin, die Redner der anderen Parteien werden morgen bekannt gegeben.

Man hat in den letzten Tagen verschiedentlich mit dem Polizeiverbot für Versammlungen unter freiem Himmel gedroht. Wir können uns nicht denken, daß der Polizeipräsident die Wahlrechtsfreunde in Breslau mit aller Gewalt an der Ausübung ihres gesetzlichen Rechtes verhindern und dadurch die Volkstimmung unnötig reizen wird. Alle Versammlungen, welche die Breslauer Arbeiter bisher unter freiem Himmel abhielten, sind in muster-gültiger Ordnung verlaufen — es sind deren bereits sechs — auch die am Sonntag wird in gleicher Weise sich abwickeln.

Deshalb, noch einmal: Wahlrechtsfreunde heraus! Auf in die gemeinschaftliche Kundgebung der demokratischen Parteien! Wider Jaghaftigkeit und Schwäche! Für gleiches Recht!

Telegramm.

Berlin, 9. März. Von hiesiger maßgebender Stelle ist die Reichs-Telegraphen-Bureau zu der Erklärung ermächtigt, daß die Mitteilung, wonach der Minister des Innern v. Aßfahl habe, für nächsten Sonntag alle Kundgebungen gegen die Wahlrechtsvorlage zu verbieten, erlassen ist, ebenso unrichtig ist die kürzlich verbreitete Nachricht, daß auf Veranlassung des Ministers bei Demonstrationen photographische Aufnahmen hergestellt werden sollen. Wie man dem genannten Bureau versichert, dürfte der Minister sich kaum mit solchen Details seines Ressorts beschäftigen.

preussische Staatsministerium hält täglich Sitzungen ab. Die Parteiführer der Konservativen, der Freikonservativen, der Nationalliberalen und des Zentrums verhandeln eifrig miteinander. Noch weiß niemand, was dabei herauskommen soll. Aber ganz offenbar herrscht das Bestreben vor, jetzt — nachdem die Wahlrechtsbewegung eine ganz unerwartet gewaltige Steigerung erfahren hat — um Gotteswillen etwas zustande zu bringen, das wenigstens so ausbleibt, als ob es etwas wäre.

Wichtig ist diese Kammerreform vollständig, kommt gar nichts zustande, dann scheint eine Krise, wie sie Preußen seit mehr als zwei Menschenaltern nicht mehr erlebt hat, unvermeidlich. Darum muß die Reform gemacht werden, mag sie noch so jämmerlich, noch so lächerlich, noch so unmöglich ausfallen — etwas muß zustande kommen!

Nun ergibt sich aber die Schwierigkeit, daß das Zentrum und die Konservativen, obwohl sie im Abgeordnetenhaus über eine starke Mehrheit verfügen, die Verantwortung nicht allein tragen wollen. Sie haben ein schlechtes Gewissen, und sie sind sich auch dessen klar bewußt, daß hinter ihrer Parlamentsmehrheit keine Volksmehrheit steht. Weil sie Angst vor dem Volke haben, suchen sie Anlehnung bei den Nationalliberalen. Machen die mit, so wird das Reformwerk leichter zu verteidigen sein. Bleiben sie fern, und schließen sie sich den Kritikern an, so entsteht eine Phalanx, der sich die Armees des schwarzblassen Bluts nicht gewachsen fühlt.

Die Nationalliberalen aber trauen sich einstweilen nicht, das unangenehme Geschäft mitzumachen, denn sie haben Angst vor ihren Anhängern, vor den Wählern, vor der Sozialdemokratie, ja sogar vor dem Freisinn. Sie stehen also sozusagen zwischen zwei Ängsten, und je nachdem, wie sich die eine oder die andere Partei erweist, werden sie zum Schluß auf die eine oder die andere Seite fallen.

Die Nationalliberalen wissen, daß sie eine begehrte Ware sind. Sie möchten sich darum nicht zu billig verkaufen. Andererseits haben sie jedoch auch wieder Angst, ausgeschaltet zu werden, und lassen sich daher von ihrem guten Engel warnen: „Nur nicht zu stolz!“

Aber auch die Regierung befindet sich in einer dringlich fürchterlichen Lage. Die Kommission hat von ihrem Bauwerk keinen Stein auf dem anderen gelassen. Namentlich die „große Idee“ ihres Entwurfs, die Hebung der Zivilianwärter und Reichstagsabgeordneten in die nächste höhere Wählerklasse, ist unter allgemeinem Geschrei abgelehnt worden. Ebenso ist die direkte Wahl gefallen. Da die direkte Wahl immerhin doch ein kleiner Fortschritt gewesen wäre, ist die Regierung bereit, auf sie zu verzichten. Die Privilegierung der Beamten ist aber ein entscheidender Rückschritt, also möchte die Regierung wenigstens davon ein Stückchen retten.

Die Situation ist so verfahren wie möglich. Daß etwas Vernünftiges dabei herauskommt, ist gänzlich ausgeschlossen, und man würde sicher am liebsten die ganzen Verhandlungen auf Et. Winterfeinstag verschieben, hätte man nur nicht solche Angst vor dem, was danach kommt.

Vom 9. März wird gemeldet:

Die Verhandlungen zwischen den Parteiführern des Abgeordnetenhauses über die Wahlrechtsfrage sind völlig ergebnislos verlaufen, da die Rechte den Wünschen der Liberalen nicht entgegenzukommen geneigt ist. Man muß deshalb damit rechnen, daß bei der am Freitag beginnenden zweiten Lesung der Wahlrechtsvorlage die Gegensätze zwischen den Kompromißparteiern, Konservativen und Zentrum und der Linken, noch schärfer als bisher hervortreten werden. Auch die unverbindlichen Verhandlungen der Fraktionen im Abgeordnetenhaus über die Ausführung der Wahlen im Wahlgesetz (§§ 8 bis 10, Erhebung der Militärwärter etc.) können als gescheitert

angesehen werden. Man möchte erwarten, den Parlamentarier den gewerblichen und kaufmännischen Gewerbetreibenden Privilegien zuzuerkennen, wenn es gelingt, geeignete Ausstattungsmerkmale zu formulieren. — Die „National-Ztg.“ erklärt: Die Nationalliberale Fraktion werde in der zweiten Lesung mit aller Energie an dem geheimen und direkten Wahlrecht festhalten, ohne das jede Wahlrechtsreform wertlos sei. — Ob's dabei bleibt?

Die Regierung will sich, wie offiziell angedeutet wird, mit einem von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses votierten Wahlreformgesetz abfinden, soweit sich dieses im Rahmen der von der Kommission beschlossenen Änderungen bewegt.

Befände das preussische Volk aus lauter Wehmann-Gollweh, so wäre damit die Wahlrechtsbewegung endgültig erledigt. Aber — es gibt leider noch andere Leute in Preußen.

Politische Uebersicht.

Die Episoden des Wahlrechtsstuhndels. Die Nationalliberale „Nationalzeitung“ bringt an der Spitze der Abendausgabe vom Mittwoch eine Auslassung über den Stand der Wahlrechtsverhandlungen, in der es heißt:

„Die Regierung will sich vorläufig noch abwartend verhalten. Ueber ihre Ansichten und Absichten wird eine Darstellung vorbereitet, die einen durchaus glaubwürdigen Eindruck macht. Es heißt, die Regierung sei nicht taub und blind für die Wahlrechtsklagen und den berechtigten Forderungen der gemäßigten Liberalen sowie als möglich Rechnung trägt. Sie wolle deshalb, daß die Wahlreform unter keinen Umständen gegen die Nationalliberalen zustande kommt. Im Falle der Wahlreform lägen die Dinge wesentlich anders als bei der Reichsfinanzreform. Hier händen moralische Güter in Frage, und formell hindere die Regierung nicht, ihre Vorlage, falls sie ganz oder teilweise vom Parlament verworfen wird, zurückzuziehen und eine neue Vorlage einzubringen. Es könne aber weder im Interesse der Regierung noch in dem der bürgerlichen Parteien liegen, die jetzt schon so lebhaft entbrannte Agitation im Lande weiter fortgesetzt zu sehen. Die Regierung selbst habe bereits zu verstehen gegeben, daß sie mit ihrem dem Landtage vorgelegten Amendement des bestehenden Wahlrechts nicht das letzte Wort gesprochen hat. Sie dürfe sich auch vorläufig mit einem von der Majorität votierten Gesetz abfinden, soweit sich dieses im Rahmen der von der Kommission beschlossenen Änderungen bewege. Sie wünsche jedoch, daß, mit Rücksicht auf die Stimmung im Lande, wenigstens die gemäßigten Liberalen an dem Kompromiß beteiligt sind. Bestimmte Vor schläge in der Richtung dürften zwar von der Regierung kaum gemacht werden, sie überlasse es den Parteien, den Weg zu finden, auf dem eine Verständigung erfolgen kann.“

Soweit die offiziellen Auslassungen. Wir setzen diesem Optimismus der Regierung sehr leblich gegenüber. Die unverbindlichen Besprechungen, die in diesen Tagen mit den Konservativen gepflogen sind, sind ergebnislos geblieben, weil die Forderungen von ihren Forderungen nicht abgehen wollen. Für die nationalliberale Fraktion ist jetzt der Weg vorgezeichnet, den sie gehen muß. Sie wird in der zweiten Lesung mit aller Energie an dem geheimen und direkten Wahlrecht festhalten, ohne das jede Wahlrechtsreform wertlos ist.“

In der zweiten Lesung — und in der dritten? Uebrigens sind nicht alle nationalliberale Forderungen Verbesserungen, sondern einige bedeuten sogar Verschlechterungen des bestehenden Zustandes.

Noch ein Herr von Jagow. Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus Halle a. S. von einem Jagow berichtet, der seines Berliner Namensbruders würdig ist. Es handelt sich um den Provinziallandtags-Abgeordneten von Jagow, Landrat in Osterburg (Altmark). Der Landeshauptmann hatte in der Provinziallandtags-Sitzung dargelegt, daß man vor einer Steuererhöhung von 1 1/2 Prozent stehe, daß zur Erhaltung einer neuen Landesheilanstalt in Erfurt unächst 3 Millionen und dann noch 2 Millionen nötig seien, daß zur Unterbringung der Sammlungen der Provinz der Bau eines Provinzialmuseums geplant werde, und daß für

die vielerlei unnützen Ausgaben, die jetzt in der neuen aufstauen:

„Ten Kerzen in unseren Anstalten müssen wir Area Sparlampe an die Pflicht machen. Brauchen denn die die neuesten und modernsten Instrumente? Sie sollen einrichten. Ärzte schreiben gern Rezepte, aber Besuche schreiben sie nicht gern. Eine ganz ärgerliche Ausgabe würde eine Denkmals für Landstet sein. Als wir das Theater übernehmen, es, das kostet 20.000 M.; nun will man schon wieder 3500 haben. Die Übernahme der altverehrten Klosterkirche hat mit der Provinzialanstalt abgethan. Solch eine geistliche Stätte steht doch höher als Landstet, wo Schiller's Goethe ihren legitimen und illegitimen Anhängern nachgesehen. Und das Provinzialmuseum endlich! Da können wir doch einfach die einmal übernommene Sammlungen in zwei Etagen, z. B. Magdeburg, Erbenthal oder Salzwedel übergeben. Die Strassenbauern tun uns schweres Geld. Um einen Teil der Ausgaben wieder heraufzulegen, wollen wir die Automobile mit einer gehörigen Absetzung.“

Der Provinziallandtag nahm manche Ausführungen Herrn von Jagow mit schallender Heiterkeit auf. So die Welt die Maßnahmen seines Berliner Namensvetters.

Die Angst vor der Sozialdemokratie.

immer kürzeren Intervallen melden sich bürgerliche Politiker die zum Zusammenbruch gegen die Sozialdemokratie fordern. Die Angst vor den nächsten Wahlen beherrscht offenbar alle bürgerlichen Parteien und so werden die Marne immer dringlicher und ängstlicher, alle Differenzen begraben und sich zusammenschließen zu einem großen Bunde gegen die gefürchtete Sozialdemokratie. Der konservativ-reichstagsabgeordnete Krenndt nimmt im „Tag das Wort, um gegen die „Politik des Hasses“ sich wenden und der „Politik der Vernunft“ das Wort zu reden. Er knüpft, wie alle die bürgerlichen Unglücksaposteler, an die Nützlichkeitslehre gegen die Sozialdemokratie mahnen, an die Finanzreform an und beschwört den Liberalismus, der bisher eine „Politik des Hasses“ verfolgt habe, vernünftig werden und die „Hege gegen die Reichsfinanzreform“ anzugeben. Der Liberalismus stützt sich ohnedies nur noch auf die Intellektuellen. Die kamen aber als geschlossene Par laum in Frage. Er fährt dann fort:

„Bleiben die Dinge bis zu den nächsten Reichstagswahlen so ist eine vernünftige Niederlage der bürgerlichen Linken unvermeidlich. Zu wessen Gunsten? Nicht zu Gunsten der Konservativen, die nur wenige Mandate von den Liberalen erobern können, sondern zu Gunsten der Sozialdemokraten, denen die meisten liberalen Sitze zufließen werden und damit des Zentrums, das durch die sozialdemokratische Stärkung wieder zur allein ausschlaggebenden Partei im Reichstage werden wird.“

„Ueber den Sozialdemokraten als den Zentrumsmann. Ueber den Sozialdemokraten als den Liberalen“, „Ueber den Sozialdemokraten als den Agrarier“, so löst es von allen Seiten, und die Genossen freuen sich schmunzelnd der Verblebung, die ihnen hüben und brüben die Wege ebnet.“

Die Sozialdemokratie, das ist der Feind! ... Das unbedingte Zusammengehen gegen diese verderbliche Partei ist die ernste, unerlässliche Pflicht aller übrigen Parteien. Wer die Sozialdemokratie direkt oder indirekt vorwärts treibt, der macht sich ihr gesellen. Hier ist die Grenzlinie, wo sich die Geister scheiden. ... Die nächste Wahlkämpfe entscheidet vielmehr über die Verfassung des Deutschen Reiches. Jedes sozialdemokratische Mandat — und nur die Sozialdemokratie, nicht Herr von Osterburg ist eine politische Gefahr — bringt uns dem Umsturz näher, gleichviel ob er von unten oder von oben kommt, wir brauchen eine Politik der Vernunft, einen Großen Block gegen die Sozialdemokratie. Wird das deutsche Volk noch rechtzeitig hierzu herantreten?“

Wir glauben kaum. Denn die Parteien, die sich während des Blocks den Agrariern angeschlossen, haben doch für eine ganze Reihe von Jahren die Nase voll und wenn wir an die letzten Beschimpfungen der Liberalen durch den Deutschen Reichstag in Breslau denken, dann ist anzunehmen, daß auch bei ihnen die Sehnsucht nach einem Großen Block gegen die Sozialdemokratie ein wenig gedrückt sein wird.

Roland von Berlin.

Roman von Billibald Alexis (B. Spring.)

„Zeitlich möchten sie's, daß es anders wiß. Das wollten sie schon vor zehn, vor zwanzig, vor fünfzig Jahren. Die wüßten damals nicht, wo es draußen schlimmer stand. Werden auch diesmal festhalten.“

„Die reden anders“, fuhr der Knecht fort. „Sie haben Zeit, worauf alles verdröhren steht, was, als sie meinen, der wackelste Rai verdröhnt hat, seit beide Städte eins worden.“

„Gehen sie auch drauf verdröhren“, fuhr der Bürgermeister auf, „was wir ihnen Gutes taten, was wir gewirkt für die Stadt und erworben.“

„Das, meinen sie, hätten die Herren von den Geschlechtern nur für sich gewirkt und erworben. In die Sackel der Allgemeinheit wäre wenig davon gefallen.“

„Was sind die Sackel! Sind ihre schönen leeren Kisten, ihre Keller und Speicher, die ohne auf der Speere, die Aufhängen auf den Wandbüchern, sind diese und Gold Leide und Siemepfände nicht bessere Sackel als die Ledernen in ihrer Tasche? Müht nicht wieder der Handel der Stadt, werden die Wege nicht alle Wege fester? Ja, wir das für sie alle wüßten, vergessen die Unbanbaren, daß wir sie reich machten, reicher als sie selbst sind!“

„Grabe heraus, weil sie reich sind, meinen sie, daß sie mitbrechen dürfen“, entgegnete der Knecht. „Es wird ihnen schon eingeredet in den Kabinen und Schanden. Sem' können die Gewandhändler und die Knochenhauer zur Regierung herkommen. Wenn man sie werden nicht vom Barockmachen und Nadelnwickeln sprechen. Die Wünsche laufen von Reiter zu Reiter mit Beschlagungen. Es heißt, sie wollen alle ihre Beschwerden gegen den Rai aufgeben, Pankl am Pankl, und eine große Sackel. Der Herr Knechtmann Gumpelocher wird 'nem schwarzen Stand haben.“

„Da werden wir die Wege wohl schlechte Pankl sein“, fuhr Herr Johannes hin. „Gut ihnen der Rai nicht schon genug gewirkt? Bringt ihre Steuern nicht schon lang genug in 'ere Stungen! Haben wir nicht die Viehhändler vom Lande her verschafft, haben wir nicht unsere Ritter Gelehrte über Gelehrte zu Gumpelocher her Jankt machen! Sollen wir sie bedanken lassen in Gumpelocher und annehmen, was ihnen gewirkt? Gumpelocher, Andreas. Wenn die Schächter Knecht

genbrauch hatten, hört man's oben durch beide Städte. — Der Knecht denn ist den Wonnführer?“ fuhr er hinzu.

„Das Knechtman ist daran, gnädiger Herr, des Schächter des Gumpelocher Knechtman war. Sie meinen, bei den Gewandhändlern werde es erst gar lang hergehen. Die ganze Stimmung wolle sich der Sache des Gumpelocher annehmen.“

„Wollen sie!“ — sprach der Bürgermeister für sich. „Ja Knecht, sie sollen sich nicht die Köpfe drum brechen. Sonst nichts Neues.“

„Wenden heut' die beiden Frauenzimmer ausgepöppelt, die eine nicht gestimmt und aus dem Tore gewiesen.“

„Hör' ich's doch bald vergehen! Wie heißt sie doch, das schwarze Weib?“

„Hat keinen Namen, Gumpelocher. Ist nur 'ne Wenbin aus dem Stadtschloß. Das Volk heißt sie die rote Hamme.“

„Die rote Hamme, richtig. Sie heißt das Weib.“

„Und läßt nicht liegen, Gumpelocher, was sie finden tut. Und das gebraucht dafür durch die Jäger und ein bißchen ausgepöppelt!“

„Dard's doch nicht bößig erziehen, als ich mich erinnere.“

Der Knecht brummte etwas: „Ja, ja, so heißt es immer. Sind gar böß darüber, als ich wohl sagen kann, daß das Weib so wußt fortzukommen, schreien auf Schüssen und Nadeln. Und haben darin recht. Sollen wohl verdient gehängt zu werden.“

„Wer ist die andere?“

„Die andere? Das ist ja die Selame mit den langen Ohrlappen, die an der Umkehr sitzt. Der haben's viele. Schon geglaubt. Kann kriegt sie's weg. Solche Dörre, und so frech zu sein! Hat manchen ehrbaren Bürgerknecht mit ihren schwarzen Lippen ausgezogen.“

„Könne es ja in Sodom und Gomorra nicht ärger zugehen als in Berlin, sagen sie. Dem Konrad Schilt von Magdeburg ist ten unsere Vorfahren anders, sagen sie. Als der eine ehrbare Frau unglücklich auf dem Markte fragte, richteten sie ihn und schlugen ihm den Kopf ab auf offnem Markte, und noch doch geheimer Knecht der's Erzählung.“

Johannes Rathenow schüttelte den Kopf. Bei sich sprach er: „Und hat die Dörre so ganz unrecht! Mein Sohn hat sie verführt.“ Laut sagte er: „Wer von den Rammern wird dabei sein?“

„Herr Dietrich Wynn ist an der Reihe.“

„Der läßt immer so hart schlagen“, sprach der Bürgermeister. „Kann Er's nicht wirken, Andreas, daß Herr Dietrich die Reihe abgibt.“

„An Herrn Markus Treub“, sagte der Ratknecht nach finnend. „Der war' dann an der Reihe. Herr Dietrich ist gar zu gern dabei, wenn Weiber ausgepöppelt werden; heut' aber läßt er's doch viellecht. Denn hat drei Schneider bestellt, um kann mit den geschlachten Ruffhosen doch nicht fertig werden, die er auf'm Abend beim Vankel seines Bruders tragen will.“

Der Bürgermeister war aufgestanden, und mit leiserer Stimme sprach er im Vorübergehen: „Andreas, bitte Er ist meinem Namen Herrn Markus Treub, er möge es nicht zu übernehmen mit der Dörre.“

Der Knecht schien nicht damit zufrieden: „s ist doch zu arg, Gumpelocher Herr. Der Weib und Kind hat, das Geschick freit doch mit! Der Vater ist, soll dann noch seine Tochter ausgeben lassen, so uns die an der Umkehr sitzen auf offnem Markt und vor allen Leuten anreden dürfen! Herr Johannes Rathenow, Ihr seid Bürgermeister! Ohn' ein paar blumige Striemen auf die Schandhaut und ohn' ein paar Tropfen Blut auf dem Gande geht es wahr und wahrhaftig nicht ab.“

„Das Ruff murr zu sehr.“

Herr Johannes war an die Lade gegangen, hatte sie ausgezogen und reichte ein paar Silbergülden dem Knechte: „Sich ihr das, Andreas, wenn der Hütel sie losläßt. Sie hat ein müßel treu gedient in meinem Hause, und sie soll den Stadt schütteln von ihren Schuben und weit fortziehen vom alten Berlin. Ich las es ihr sagen.“

Der Knecht schien das Geld mit Schaudern in seiner Hand zu betrachten, und zauderte es einzustücken. Für sich murmelte er: „Die Schuch' wird man ihr auch lassen. Um sie aufzuschütten! Das Geld wird' ich ihr in den Weg werfen. Da kann sie es anfragen. Und wenn er mich soltern läßt, wüßten kann mich kein Bürgermeister, einen gekauften Weibsbildes möß in die Hand zu geben.“

(Fortsetzung folgt.)

Woranger, dem Fürsten Bülow, fast durchweg eine schlechte Presse. Nur eine Anzahl konservativer Organe sind es, die sich rückhaltlos auf seine Seite stellen. Eine konservative Zeitschrift, "Der Bürger Marie", die über manche Vorgänge ziemlich gut orientiert ist, gibt eine Erklärung über die Ursache dieser "schlechten Presse". Dort wird vom neuen Reichskanzler gesagt:

Er hat seine Sänderungsarbeit mit den Vorzügen des Konservativen begonnen, wo die Kräfte und Wechsellager aus den Redaktionsbüros ihre Tische und Stühle teilweise recht anordentlich aufgeschlagen hatten, und er hat diese Temporeinrichtung in abfallender Reihenfolge selbst bisher "schonmächtig" bittend aus dem Besten des Reiches in ihre Orangen verwickelt, die "alte Presse" des ehemaligen Kanzlers hob mit dem ganzen Göttergötter ihren Fortschritt in alle Winde, kein Wunder, daß sich die dunkigen Mosen, die sie einst so freigebig zur Wilhelmstraße warf, in harte Steine gewandelt haben.

Es ist erst jüngst in einem Blatte geschildert worden, wie Fürst Bülow sich die Presse dadurch dienstbar gemacht hat, daß er den Schwachs geistigsten einmal irgend einen Happen in Form einer Nachricht zuwarf. Herr von Bethmann-Hollweg hat die bürgerlichen "Saubirten" hinausgejagt, und deshalb wissen sie nichts zu seinem Lobe zu sagen. Der Schilderung, die das konservative mecklenburgische Blatt damit von der bürgerlichen Presse entwirft, braucht man wirklich nichts hinzuzufügen.

Wie die gegenwärtig politisch bewegte Zeit auf die Wahlen wirkt, das konstatiert die "Freisinnige Zeitung" in einer unschreibbaren Notiz aus den Berliner Vororten:

Bei der Gemeindevorwahl in Oriz am Montag siegten in der 2. Klasse die Sozialdemokraten mit 525 gegen 208 Stimmen, die den bürgerlichen Kandidaten aufstehen. Vor zwei Jahren siegten letztere mit 402 Stimmen gegen 216, die die Sozialdemokraten antraten. Der für diese diesmal sehr hohe Wahlausfall konnte nach den Äußerungen der letzten Wochen nicht zweifelhaft erscheinen.

Es gibt noch immer Politiker, die der Meinung sind, daß unsere Aktionen das Publikum einschüchtern und gegen die Sozialdemokratie aufbringen. Der Ausfall der Wahlen aber zeigt gerade das Gegenteil!

Aus der Budgetkommission des Reichstages. In zweitägiger Beratung erörterte die Budgetkommission Dienstag den Gesamtertrag der Reichseisenbahnen. Die Einnahmen sind für das Jahr 1910/11 auf 122.319.000 Mk. veranschlagt, das sind 742.000 Mk. weniger als im Vorjahre. Aus dem Personen- und Gepäckverkehr wird die Einnahme um 460.000 Mk. höher eingeleitet, während die Verwaltung die Einnahme aus dem Güterverkehr um 1.282.000 Mk. geringer annimmt.

Beim Titel Erhaltung und Erhaltung hantlicher Anlagen werden 113.000 Mk. angesetzt. Zum Ausbau des Hauptbahnhofes in Straßburg ist ein Veranschlagt. Es handelt sich lediglich darum, einen Teil der schon früher bewilligten Mittel zur Abführung von Kanoneneinrichtungen verwenden zu dürfen. Es werden daraus etwa 1.900.000 Mk. Mehrkosten entstehen, die im nächsten Jahre angefordert werden sollen. Zum Grundbesitz für den Bau einer neuen Bahnhofs-Hörsaal-Vollzüge in Leipzig werden 374.000 Mk. als erste Rate bewilligt. Die Petitionen werden zum Teil der Regierung überwiesen, und zum Teil geht die Kommission über sie zur Tagesordnung über.

Die Budgetkommission begann noch mit der Beratung des Etats für das Reichsschatzamt. In die Einnahmen sind 19.100.000 Mk. Gewinn aus der Veräußerung von Reichsmünzen eingestellt. Bei dieser Gelegenheit wird von mehreren Kommissionsmitgliedern Klage über die Veräußerung des neuen 25 Pf.-Stückes erhoben, andere wollen, daß angestrichelt das auf oelzugewandt und auf aufgenommenen 3 Mk.-Stückes die 5 Mk.-Stücke eingezogen werden.

Beim Titel Ueberweisung von Mitteln an die Bundesstaaten zur Unterstützung von arbeitslos gewordenen Fabrikarbeitern, wofür 1.500.000 Mk. eingestellt sind, teilte Staatssekretär Wermuth mit, daß es nunmöglich sei, mit den 4 Millionen auszukommen, denn es dürften bis zum Schluß des Jahres schon 3 Millionen veranschlagt worden sein.

In der Budgetkommission des Reichstages erörterte Staatssekretär v. Schöner bei Beratung des Etats des Anstaltigen Amtes die Gründe, die die Veröfentlichung des Weißbuchs nötig gemacht haben.

Aus dem sächsischen Landtage. In der Sitzung vom Dienstag stand zunächst ein Antrag der Nationalliberalen zur Beratung, der die Vermehrung der Wahlkreise für den Landesparlament verlangt. Es handelt sich um eine Zurückdrängung der Großgrundbesitzer gegenüber der Teilnahme kleinerer Grundbesitzer in dieser rein landwirtschaftlichen Körperschaft. Untere Fraktion stimmte dem Antrage in der Tendenz zu. Die Debatte entwickelte sich zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Landwirte und Bauernbund, als dessen Vertreter im Landtage sich die Nationalliberalen ausgaben. Der Antrag wurde der Gesetzgebungskommission überwiesen.

Sturm im sächsischen Landtage. In der Sitzung vom Mittwoch des sächsischen Landtages kam es zu scharfen Szenen bei der Beratung einer Petition gemäßigter Eisenbahnwerkstättenarbeit. Sie waren entlassen worden, weil sie im Verdacht standen, einer Gewerkschaft anzugehören. Unsere Genossen Witz, der selber gemäßigter Eisenbahner ist, Feld und Richter, brandmarkten das Vorhaben der Regierung gegen die Gewerkschaft der Eisenbahner in scharfer Weise. Von den bürgerlichen Parteien nahmen die Konservativen und die Nationalliberalen die Resolution wegen ihres Vorhabens in Schutz. Die Freisinnigen stellten sich bedingungsweise auf den Standpunkt unserer Partei. Der Minister erklärte, daß die Regierung nach wie vor so verfahren werde. Das löste einige Zwischenrufe gegen die Konservativen aus, die "Dravo!" gerufen hatten. Daraufhin erlaubte sich der Minister, von "Marengobereiten" zu reden, die "er sich verbitte". Untere Genossen, wie auch die Nationalliberalen und Freisinnigen erhoben gegen diese Verhöhnung des Parlamentes scharfen Protest, sobald längere Zeit der Präsident nicht in der Lage war, Ruhe zu schaffen. Genosse Heißner, der sich ein für allemal solche Anfeindungen des Ministers verbat, erhielt einen Ordnungsruf. Der Präsident bedauerte, daß er kein Recht habe, die Anfeindungen des Ministers zurückzuweisen.

Die Jungliberalen und das Reichstagswahlrecht. Der Jungliberale Verein für Berlin veranstaltete am 7. März eine Wahl-

erwähnte, dem Fürsten Bülow, fast durchweg eine schlechte Presse. Nur eine Anzahl konservativer Organe sind es, die sich rückhaltlos auf seine Seite stellen. Eine konservative Zeitschrift, "Der Bürger Marie", die über manche Vorgänge ziemlich gut orientiert ist, gibt eine Erklärung über die Ursache dieser "schlechten Presse". Dort wird vom neuen Reichskanzler gesagt:

Er hat seine Sänderungsarbeit mit den Vorzügen des Konservativen begonnen, wo die Kräfte und Wechsellager aus den Redaktionsbüros ihre Tische und Stühle teilweise recht anordentlich aufgeschlagen hatten, und er hat diese Temporeinrichtung in abfallender Reihenfolge selbst bisher "schonmächtig" bittend aus dem Besten des Reiches in ihre Orangen verwickelt, die "alte Presse" des ehemaligen Kanzlers hob mit dem ganzen Göttergötter ihren Fortschritt in alle Winde, kein Wunder, daß sich die dunkigen Mosen, die sie einst so freigebig zur Wilhelmstraße warf, in harte Steine gewandelt haben.

Es ist erst jüngst in einem Blatte geschildert worden, wie Fürst Bülow sich die Presse dadurch dienstbar gemacht hat, daß er den Schwachs geistigsten einmal irgend einen Happen in Form einer Nachricht zuwarf. Herr von Bethmann-Hollweg hat die bürgerlichen "Saubirten" hinausgejagt, und deshalb wissen sie nichts zu seinem Lobe zu sagen. Der Schilderung, die das konservative mecklenburgische Blatt damit von der bürgerlichen Presse entwirft, braucht man wirklich nichts hinzuzufügen.

Wie die gegenwärtig politisch bewegte Zeit auf die Wahlen wirkt, das konstatiert die "Freisinnige Zeitung" in einer unschreibbaren Notiz aus den Berliner Vororten:

Bei der Gemeindevorwahl in Oriz am Montag siegten in der 2. Klasse die Sozialdemokraten mit 525 gegen 208 Stimmen, die den bürgerlichen Kandidaten aufstehen. Vor zwei Jahren siegten letztere mit 402 Stimmen gegen 216, die die Sozialdemokraten antraten. Der für diese diesmal sehr hohe Wahlausfall konnte nach den Äußerungen der letzten Wochen nicht zweifelhaft erscheinen.

Es gibt noch immer Politiker, die der Meinung sind, daß unsere Aktionen das Publikum einschüchtern und gegen die Sozialdemokratie aufbringen. Der Ausfall der Wahlen aber zeigt gerade das Gegenteil!

Aus der Budgetkommission des Reichstages. In zweitägiger Beratung erörterte die Budgetkommission Dienstag den Gesamtertrag der Reichseisenbahnen. Die Einnahmen sind für das Jahr 1910/11 auf 122.319.000 Mk. veranschlagt, das sind 742.000 Mk. weniger als im Vorjahre. Aus dem Personen- und Gepäckverkehr wird die Einnahme um 460.000 Mk. höher eingeleitet, während die Verwaltung die Einnahme aus dem Güterverkehr um 1.282.000 Mk. geringer annimmt.

Beim Titel Erhaltung und Erhaltung hantlicher Anlagen werden 113.000 Mk. angesetzt. Zum Ausbau des Hauptbahnhofes in Straßburg ist ein Veranschlagt. Es handelt sich lediglich darum, einen Teil der schon früher bewilligten Mittel zur Abführung von Kanoneneinrichtungen verwenden zu dürfen. Es werden daraus etwa 1.900.000 Mk. Mehrkosten entstehen, die im nächsten Jahre angefordert werden sollen. Zum Grundbesitz für den Bau einer neuen Bahnhofs-Hörsaal-Vollzüge in Leipzig werden 374.000 Mk. als erste Rate bewilligt. Die Petitionen werden zum Teil der Regierung überwiesen, und zum Teil geht die Kommission über sie zur Tagesordnung über.

Die Budgetkommission begann noch mit der Beratung des Etats für das Reichsschatzamt. In die Einnahmen sind 19.100.000 Mk. Gewinn aus der Veräußerung von Reichsmünzen eingestellt. Bei dieser Gelegenheit wird von mehreren Kommissionsmitgliedern Klage über die Veräußerung des neuen 25 Pf.-Stückes erhoben, andere wollen, daß angestrichelt das auf oelzugewandt und auf aufgenommenen 3 Mk.-Stückes die 5 Mk.-Stücke eingezogen werden.

Beim Titel Ueberweisung von Mitteln an die Bundesstaaten zur Unterstützung von arbeitslos gewordenen Fabrikarbeitern, wofür 1.500.000 Mk. eingestellt sind, teilte Staatssekretär Wermuth mit, daß es nunmöglich sei, mit den 4 Millionen auszukommen, denn es dürften bis zum Schluß des Jahres schon 3 Millionen veranschlagt worden sein.

In der Budgetkommission des Reichstages erörterte Staatssekretär v. Schöner bei Beratung des Etats des Anstaltigen Amtes die Gründe, die die Veröfentlichung des Weißbuchs nötig gemacht haben.

Aus dem sächsischen Landtage. In der Sitzung vom Dienstag stand zunächst ein Antrag der Nationalliberalen zur Beratung, der die Vermehrung der Wahlkreise für den Landesparlament verlangt. Es handelt sich um eine Zurückdrängung der Großgrundbesitzer gegenüber der Teilnahme kleinerer Grundbesitzer in dieser rein landwirtschaftlichen Körperschaft. Untere Fraktion stimmte dem Antrage in der Tendenz zu. Die Debatte entwickelte sich zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Landwirte und Bauernbund, als dessen Vertreter im Landtage sich die Nationalliberalen ausgaben. Der Antrag wurde der Gesetzgebungskommission überwiesen.

Sturm im sächsischen Landtage. In der Sitzung vom Mittwoch des sächsischen Landtages kam es zu scharfen Szenen bei der Beratung einer Petition gemäßigter Eisenbahnwerkstättenarbeit. Sie waren entlassen worden, weil sie im Verdacht standen, einer Gewerkschaft anzugehören. Unsere Genossen Witz, der selber gemäßigter Eisenbahner ist, Feld und Richter, brandmarkten das Vorhaben der Regierung gegen die Gewerkschaft der Eisenbahner in scharfer Weise. Von den bürgerlichen Parteien nahmen die Konservativen und die Nationalliberalen die Resolution wegen ihres Vorhabens in Schutz. Die Freisinnigen stellten sich bedingungsweise auf den Standpunkt unserer Partei. Der Minister erklärte, daß die Regierung nach wie vor so verfahren werde. Das löste einige Zwischenrufe gegen die Konservativen aus, die "Dravo!" gerufen hatten. Daraufhin erlaubte sich der Minister, von "Marengobereiten" zu reden, die "er sich verbitte". Untere Genossen, wie auch die Nationalliberalen und Freisinnigen erhoben gegen diese Verhöhnung des Parlamentes scharfen Protest, sobald längere Zeit der Präsident nicht in der Lage war, Ruhe zu schaffen. Genosse Heißner, der sich ein für allemal solche Anfeindungen des Ministers verbat, erhielt einen Ordnungsruf. Der Präsident bedauerte, daß er kein Recht habe, die Anfeindungen des Ministers zurückzuweisen.

Die Jungliberalen und das Reichstagswahlrecht. Der Jungliberale Verein für Berlin veranstaltete am 7. März eine Wahl-

erwähnte, dem Fürsten Bülow, fast durchweg eine schlechte Presse. Nur eine Anzahl konservativer Organe sind es, die sich rückhaltlos auf seine Seite stellen. Eine konservative Zeitschrift, "Der Bürger Marie", die über manche Vorgänge ziemlich gut orientiert ist, gibt eine Erklärung über die Ursache dieser "schlechten Presse". Dort wird vom neuen Reichskanzler gesagt:

Woranger, dem Fürsten Bülow, fast durchweg eine schlechte Presse. Nur eine Anzahl konservativer Organe sind es, die sich rückhaltlos auf seine Seite stellen. Eine konservative Zeitschrift, "Der Bürger Marie", die über manche Vorgänge ziemlich gut orientiert ist, gibt eine Erklärung über die Ursache dieser "schlechten Presse". Dort wird vom neuen Reichskanzler gesagt:

Er hat seine Sänderungsarbeit mit den Vorzügen des Konservativen begonnen, wo die Kräfte und Wechsellager aus den Redaktionsbüros ihre Tische und Stühle teilweise recht anordentlich aufgeschlagen hatten, und er hat diese Temporeinrichtung in abfallender Reihenfolge selbst bisher "schonmächtig" bittend aus dem Besten des Reiches in ihre Orangen verwickelt, die "alte Presse" des ehemaligen Kanzlers hob mit dem ganzen Göttergötter ihren Fortschritt in alle Winde, kein Wunder, daß sich die dunkigen Mosen, die sie einst so freigebig zur Wilhelmstraße warf, in harte Steine gewandelt haben.

Es ist erst jüngst in einem Blatte geschildert worden, wie Fürst Bülow sich die Presse dadurch dienstbar gemacht hat, daß er den Schwachs geistigsten einmal irgend einen Happen in Form einer Nachricht zuwarf. Herr von Bethmann-Hollweg hat die bürgerlichen "Saubirten" hinausgejagt, und deshalb wissen sie nichts zu seinem Lobe zu sagen. Der Schilderung, die das konservative mecklenburgische Blatt damit von der bürgerlichen Presse entwirft, braucht man wirklich nichts hinzuzufügen.

Wie die gegenwärtig politisch bewegte Zeit auf die Wahlen wirkt, das konstatiert die "Freisinnige Zeitung" in einer unschreibbaren Notiz aus den Berliner Vororten:

Bei der Gemeindevorwahl in Oriz am Montag siegten in der 2. Klasse die Sozialdemokraten mit 525 gegen 208 Stimmen, die den bürgerlichen Kandidaten aufstehen. Vor zwei Jahren siegten letztere mit 402 Stimmen gegen 216, die die Sozialdemokraten antraten. Der für diese diesmal sehr hohe Wahlausfall konnte nach den Äußerungen der letzten Wochen nicht zweifelhaft erscheinen.

Es gibt noch immer Politiker, die der Meinung sind, daß unsere Aktionen das Publikum einschüchtern und gegen die Sozialdemokratie aufbringen. Der Ausfall der Wahlen aber zeigt gerade das Gegenteil!

Aus der Budgetkommission des Reichstages. In zweitägiger Beratung erörterte die Budgetkommission Dienstag den Gesamtertrag der Reichseisenbahnen. Die Einnahmen sind für das Jahr 1910/11 auf 122.319.000 Mk. veranschlagt, das sind 742.000 Mk. weniger als im Vorjahre. Aus dem Personen- und Gepäckverkehr wird die Einnahme um 460.000 Mk. höher eingeleitet, während die Verwaltung die Einnahme aus dem Güterverkehr um 1.282.000 Mk. geringer annimmt.

Beim Titel Erhaltung und Erhaltung hantlicher Anlagen werden 113.000 Mk. angesetzt. Zum Ausbau des Hauptbahnhofes in Straßburg ist ein Veranschlagt. Es handelt sich lediglich darum, einen Teil der schon früher bewilligten Mittel zur Abführung von Kanoneneinrichtungen verwenden zu dürfen. Es werden daraus etwa 1.900.000 Mk. Mehrkosten entstehen, die im nächsten Jahre angefordert werden sollen. Zum Grundbesitz für den Bau einer neuen Bahnhofs-Hörsaal-Vollzüge in Leipzig werden 374.000 Mk. als erste Rate bewilligt. Die Petitionen werden zum Teil der Regierung überwiesen, und zum Teil geht die Kommission über sie zur Tagesordnung über.

Die Budgetkommission begann noch mit der Beratung des Etats für das Reichsschatzamt. In die Einnahmen sind 19.100.000 Mk. Gewinn aus der Veräußerung von Reichsmünzen eingestellt. Bei dieser Gelegenheit wird von mehreren Kommissionsmitgliedern Klage über die Veräußerung des neuen 25 Pf.-Stückes erhoben, andere wollen, daß angestrichelt das auf oelzugewandt und auf aufgenommenen 3 Mk.-Stückes die 5 Mk.-Stücke eingezogen werden.

Beim Titel Ueberweisung von Mitteln an die Bundesstaaten zur Unterstützung von arbeitslos gewordenen Fabrikarbeitern, wofür 1.500.000 Mk. eingestellt sind, teilte Staatssekretär Wermuth mit, daß es nunmöglich sei, mit den 4 Millionen auszukommen, denn es dürften bis zum Schluß des Jahres schon 3 Millionen veranschlagt worden sein.

In der Budgetkommission des Reichstages erörterte Staatssekretär v. Schöner bei Beratung des Etats des Anstaltigen Amtes die Gründe, die die Veröfentlichung des Weißbuchs nötig gemacht haben.

Aus dem sächsischen Landtage. In der Sitzung vom Dienstag stand zunächst ein Antrag der Nationalliberalen zur Beratung, der die Vermehrung der Wahlkreise für den Landesparlament verlangt. Es handelt sich um eine Zurückdrängung der Großgrundbesitzer gegenüber der Teilnahme kleinerer Grundbesitzer in dieser rein landwirtschaftlichen Körperschaft. Untere Fraktion stimmte dem Antrage in der Tendenz zu. Die Debatte entwickelte sich zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Landwirte und Bauernbund, als dessen Vertreter im Landtage sich die Nationalliberalen ausgaben. Der Antrag wurde der Gesetzgebungskommission überwiesen.

Sturm im sächsischen Landtage. In der Sitzung vom Mittwoch des sächsischen Landtages kam es zu scharfen Szenen bei der Beratung einer Petition gemäßigter Eisenbahnwerkstättenarbeit. Sie waren entlassen worden, weil sie im Verdacht standen, einer Gewerkschaft anzugehören. Unsere Genossen Witz, der selber gemäßigter Eisenbahner ist, Feld und Richter, brandmarkten das Vorhaben der Regierung gegen die Gewerkschaft der Eisenbahner in scharfer Weise. Von den bürgerlichen Parteien nahmen die Konservativen und die Nationalliberalen die Resolution wegen ihres Vorhabens in Schutz. Die Freisinnigen stellten sich bedingungsweise auf den Standpunkt unserer Partei. Der Minister erklärte, daß die Regierung nach wie vor so verfahren werde. Das löste einige Zwischenrufe gegen die Konservativen aus, die "Dravo!" gerufen hatten. Daraufhin erlaubte sich der Minister, von "Marengobereiten" zu reden, die "er sich verbitte". Untere Genossen, wie auch die Nationalliberalen und Freisinnigen erhoben gegen diese Verhöhnung des Parlamentes scharfen Protest, sobald längere Zeit der Präsident nicht in der Lage war, Ruhe zu schaffen. Genosse Heißner, der sich ein für allemal solche Anfeindungen des Ministers verbat, erhielt einen Ordnungsruf. Der Präsident bedauerte, daß er kein Recht habe, die Anfeindungen des Ministers zurückzuweisen.

Die Jungliberalen und das Reichstagswahlrecht. Der Jungliberale Verein für Berlin veranstaltete am 7. März eine Wahl-

erwähnte, dem Fürsten Bülow, fast durchweg eine schlechte Presse. Nur eine Anzahl konservativer Organe sind es, die sich rückhaltlos auf seine Seite stellen. Eine konservative Zeitschrift, "Der Bürger Marie", die über manche Vorgänge ziemlich gut orientiert ist, gibt eine Erklärung über die Ursache dieser "schlechten Presse". Dort wird vom neuen Reichskanzler gesagt:

Durchaus zuverlässig und billig



ist das **Superior-Rad**

Hans Hartmann
Aktien-Gesellschaft
Eisenach

Ruba-Seife **Preiswert - Reell - Sparsam**

ist „Ruba-Seife“. Das verkürzte, patentierte, maschinelle Herstellungs-Verfahren der Ruba-Seife bedingt bei Verwendung bester Rohmaterialien eine streng reelle Kernseife (Natriumgehalt 50%) mit hoher Waschkraft.

Erhältnis in allen durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften.

Aleiniger Fabrikant der patentierten und gesetzlich geschützten Ruba-Fabrikate.

Rudolph Balhorn, Breslau XIII, Seifenfabrik.

D. R. P. 158 572. - Patentierte 1908 Gold-Medaille.



Saman Tee viel billiger als Kaffee

Gewerk-schaftshaus
Margaretenstr. 17.

Stadt-Theater.
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
„Gedanken“.
Freitag, 7 Uhr:
„Madame Butterfly“.
Sonnabend, 7 Uhr:
„Jar und Zimmermann“.

Lobe-Theater
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:
„Der Graf von Zuyenburg“.
Freitag, 7 1/2 Uhr:
„Die geschiedene Frau“.
Sonnabend, 7 1/2 Uhr:
„Der Graf von Zuyenburg“.

Thalia-Theater.
Donnerstag
Sonnabend, 8 Uhr:
„Der Tartuff“.
„Die Wittibulden“.

Schauspielhaus
Donnerstag, 8 Uhr:
Schauspielhaus-Ball
zugunsten der Vereinsarbeit Deutscher
Tuberkulosekämpfer.
Freitag, 8 Uhr:
„Reiche Mädchen“.
Sonnabend, 8 Uhr:
Gastspiel Rudolf Lettinger.
„Die Feuerskirche“.
Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr:
„Die Förster-Schiffel“.
Abend, 8 Uhr:
Gastspiel Rudolf Lettinger.
„Die Feuerskirche“.

Verkehrsbüro Barasch.
Breslauer
Schauspielhaus
Montag, den 12. März abends 8 Uhr:
Vollständ. Operetten-Verpflichtung
an kleinen Preisen. 977

„Der arme Jonathan“
Schauspiel in 5 Akten von H. Wittmann und
J. Bauer. — Musik von Karl Hillicker.
Besetzung der Plätze:
Sage 2.50
Orchester-Platz 1.75
Parterre 1.50
I. Rang 1.—3. Reihe 1.75
4.—7. 1.50
II. Rang 1.—3. Reihe 1.00
4.—6. 0.75
7.—9. 0.50
III. Rang Gallerie 0.35
Galerie-Sitze 0.35
Besetzung der Plätze wird nicht eingegeben.
Besetzung im Verkehrsbüro Barasch, an
der Tageskasse des Theaters und eine halbe
Stunde vor Beginn der Vorstellung.

Lieblichs Etablissement
Der
Residenz-Kaffee
Consul
Robert Steidl.
Herman Klink.
Hartstein
etc. etc. etc.
Sonnabend, 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater
Karl Prohmann!
Acosta
Holländ. Doppel-
Männer-Quartett
Herm. Mestrum
mit 8 Gitarrenisten.
Freitag, 7 1/2 Uhr.
Sonnabend, 7 1/2 Uhr.

9 Pf. — Reformbier — 9 Pf.
Verlangen Sie auch im Kon-
sum-Verein Union-Biera.

**22. Grosses
Volks-
Konzert**

Am 8. März, früh 4 Uhr, verschied nach langen Leiden
unser treuer Verbandskollege, der Brauemeister
Richard Koschel
im Alter von 47 Jahren 10 Monaten.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder des Zentralverbandes deutscher Brauerei-
arbeiter u. verwandter Berufsgenossen (Zahlstelle Breslau).
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 1 1/2 Uhr, vom
Trauerhause Scheidegängerstrasse 44 statt. 1269

Am 8. ds. Mts. verstarb nach langen Leiden der Brau-
meister 1271
Richard Koschel.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren seine
Freunde vom M.-G.-V. „Echo“
Herm. Titze. Karl Deichmüller. Ernst Beer.

Am 7. ds. Monats verstarb unerwartet unser lieber
Genosse, der frühere Holzarbeiter 1272
August Heckner
im Alter von 55 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Genossen und Genossinnen
des Distrikts II des Soz. Vereins.

Heute früh 6 1/2 Uhr verschied sanft nach langen, schweren
Leiden, meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwieger-
tochter, Schwester, Schwägerin und Tante
Frau Lina Quander
geb. Zschiesche
im blühenden Alter von 26 Jahren.
Mit der Bitte um stille Teilnahme zeigen dieses tiefbetrubt an
Striegau, den 9. März 1910.
Der tieftrauernde Gatte nebst Kindern.
Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 2 1/2 Uhr.
Trauerhaus: Bahnhofstrasse 19 b. 1724

Breslauer Goethebund.
Freitag, den 11. März 1910, abends 8 1/2 Uhr.
im kleinen Saale des Konzerthauses, Gartenstr.:
Oeffentl. Versammlung
Vortrag:
Professor Ludwig Gurliitt-Steglitz bei Berlin:
„Sind unsere Schulen im Sinne Goethes?“
Eintritt für Jedermann frei. 1267

Altwasser.
Sonntag, den 13. März, nachm. 3 Uhr, findet im
Gasthof „Zum grünen Baum“ eine
Oeffentliche 1268
Konsumenten - Versammlung
vom Konsum-Verein Gottesberg statt.
Referent zur Stelle.

Schneider
auf Jacketts und Paletots finden zu den
höchsten hierorts gezahlten Löhnen
und darüber
das ganze Jahr hindurch
dauernde Arbeit. 1251
Meldungen: Reuschestrasse 34, I. erbeten.
Morgens 9—12, nachm. 3—5 Uhr.

**Tiefste Billige
Fänge Preise**
Wir empfehlen aus beste eingetroffener Baggeladung
Prachtvoll. weissen Cabliou Pfd. 23 Pf.
D. D.-F.-G. Nordsee,
Schmidbrunn, Bahnhafen und beide Markthallen. 1273

Hentschel's Stabl. Boppelwitz.
Geste Donnerstag: 1262
Groß. Tanzkränzchen
verbunden mit Präsent-Polka's. — Polka's Orchester. — Entree frei.
Wilhelmsburg
Sub.: Franz Hötzel.
Geste Donnerstag:
Gr. Tanz-Kränzchen
mit Präsent-Polka's. 1263
Saal an Vereine noch zu vergeben. — Telefon 11 038.

Volksvorstellung 1910.
Für die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins.
Thalia-Theater.
XIII. Vorstellung
Sonntag, den 20. März 1910
nachmittags 3 1/2 Uhr:
**„Die Pfarrerstochter
von Streladorf“**
von Dreier.
Noch zu haben:
1. Rang 0.70, Parterre und Orchester 0.60, Balkon
und Sperrig 0.50, Seitenbalkon 0.40, 2. Rang 0.30,
3. Rang 0.20, Gallerie 0.10 Mt.

**Eltern und Vormünder
technischen Berufe**
berufen fähige sich dem 1207
nehmen wollen, erhalten portofrei eine gedruckte Auskunft über die Aus-
sichten dieses Standes vom Breslauer Techniker-Verein und der Bezirks-
verwaltung Mittelschulen des Deutschen Techniker-Verbandes durch
Ing. Alder, Antonienstr. 37 und Ing. Hünnebler, Neue Antonienstr. 18.

Reste - Partiewaren
Herrenstoffe, Damenstoffe, Samet, Seide,
Futterstoffe, Gardinen etc.
Reste-Handlung
Breitestrasse 43, Ecke Münzstrasse. 1128

Krimke & Co.
Breslau, Neue Grauponstrasse 7.
Billigste Bezugsquelle für 1188
gebogene Möbel
Spezialität:
**Restaurations- und
Saal-Stühle.**
Preis-Listen gratis und franko.

Eilen Sie
bevor die Vorräte von fehlerhaften, oder aus einem anderen Grunde
im Preise zurückgesetzten Waren geräumt sind,
in die Oder
strasse 5, zweites Viertel vom Ring, wir offerieren: 1266
4 Waschbürsten, fehlerhaft 5 Pfg.
1 Taschenkamm im Eitel 3 Pfg.
2 Beisringe mit Gummi 5 „
1 Möbelsbürste 10 „
2 Schock Kammern 15 „
3 Scheuerbürsten 15 „
5 dito, grösser 25 „
1 Teppichklopper 15 „
1 Teppichklopper 15 „
1 feine Zahnbürste 50 „
1 Federwedel 6 Pfg.
1 Zylinderputzer 7 „
1 Tassenbürste 8 „
1 Staubkamm, bunt 10 „
1 Kleiderbürste, poliert 15 „
1 Handfeger 25 „
1 Kehrbesen 35 „
1 Wascheleine, 20 Meter 25 „
1 dito, stärker, 25 Mtr. 110 „
3 Scheuertücher zusammen 35, 45, 55 Pfg.
Aufwisches 32 Pfg., Teppichbesen, schräg sehr praktisch 1,00 Mk.
Schmerzwachs, Stahlpäne, Fussmatten etc. billigst.
London & Co., Oderstrasse 5, vom Ring. 2. Viertel

**Rechte u. Pflichten
des Mieters**
nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch
Kommentar gegen Mietsrecht
von Rich. Lippinski.
Preis pro Exempl. 20 Pfennige.
Die Broschüre ist sachkundig
auf Grund der Rechte und der
Pflichten zum Bürgerlichen
Gesetzbuch bearbeitet und ist ein
höherer Führer durch das Miets-
recht.
Verhandlung Volkswacht.

Sonntag,
den 13. März,
nachm. 3 1/2 Uhr:

Zeltgarten
Dir. H. Krastok.
Täglich:
Künstler-Vorstellung.
Entree 30 Pf.

Palmengarten.
Dir. H. Krastok.
Täglich Orangen-Feit
2 Kapellen.
Entree frei!

Pfänder-Auktion.
Montag, den 14. März 1910.
Verlängerung nur bis 11. März.
D. Hallmann, Herzogstrasse 32.

Gebr. billige Möbel!
Schränke, Sofas, Tische, Spiegel, Ver-
tikos, Brillen, Stühle, Federbetten
zu verkaufen Friedrichstraße 66. 1276

Baroke, Schmiedefeld
am Sandbuckplatz. 1264

Zum Umzuge ganz gedr.
Winkel, ganze Wohn-Einricht. geg. sol. Zahlung.
Wahler, Gartenstraße 86. 1276

Rohrtabake
in großer Auswahl empfehle billigst
Carl Rother & Rode
Breslau I. Nummer 26.

**Lebende Hechte, Schleien,
Frische Seefische,
Fisch-Koteletts Pfd. 60 Pf.**
empfehle 1275
Daniel Hoffmann,
Tel. 2044, Baustr. 12, Tel. 2044.
Man bestelle überall D. Hoffmann's
Natur-Belegfutter für jede Vogelart.
Höchste Auszeichnung.

Wir empfehlen:
Tod
der
Todesstrafe!
von J. Stern.
Preis der Verbandsausgabe
20 Pfg.
Buchhdlg. Volkswacht.

Anzüge von 8 1/2 Mk.
nach Maß, elegante Barock, u. 17 Art. an
Gartenstrasse 41, II. Etg. 1265

Programm
30 Pfg.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 10. März.

Geschichtskalender.

11. März.

1891 Der Dichter Ernst Wichert in Rastenburg.
1872 Leibziger Hochverratsprozess gegen Sebel und Viehnecht.

Der Rückgang der Sozialdemokratie!

Im März gewann die Sozialdemokratie in Schlesien bereits eine ganze Anzahl Gemeindevertreter-Sitze.

Am 2. März: Maurer Bittermann (Soziald.) in Deutsch-Wissa gewählt.

Am 3. März: Wende (Soziald.) in Neu-Salzbrenn gewählt.

Am 5. März: Schiffszimmerer Schulz (Soziald.) in Oswitz gewählt.

Am 9. März: Maurer Salkmon (Soziald.) in Oltaschin gewählt.

Am 9. März: Kaufmann Wagner (Soziald.) und Hausbesitzer Lohrich (Soziald.) in Wülfegiersdorf gewählt.

Bei allen diesen Wahlen handelt es sich um Mandate, die bisher in bürgerlichen Händen sich befanden und zwar in konservativen. Die Abwendung des Volkes von der Sozialdemokratie geht also nicht so rasch von statten, als Herr Nitsche es prophezeite.

W. dem Wege zu weiteren Blamagen befindet sich die Polizei. Sie hat nämlich gegen den Vorsitzenden der Demokratischen Vereinigung, Rechtsanwalt Simon, den Einberufer und Leiter der Verlags-Versammlung am 23. Februar, ein Strafverfahren wegen — Veranlassung eines nicht genehmigten öffentlichen Aufzuges eingeleitet!

Daß man sich gerade Herrn Simon als „Veranstalter“ dieses Aufzuges herausucht, beweist wieder aufs neue, wie sehr schlecht orientiert die Polizei ist und daß ihre Spiegelbildlich versagen. Herr Simon hat sich erst kürzlich als enträumer Feind jeglicher Straßendemonstrationen öffentlich bekannt, ist auch an jenem Abend einer der ersten gewesen, die „Hühler brav“, wie die Polizei es will, nach Hause gegangen sind.

Eines noch ist hierbei bemerkenswert: Noch ehe der Sünden selbst von dem Verfahren etwas erfahren, mußte schon alle Einzelheiten der augenblicklich mit den bedrängten Schauspielern aufdringliche Reklame machende Rechtsanwalt Bujakowsky, dessen Name ja auch an anderer Stelle des Blattes heute „glänzt“. Seit wann ist dieser reaktionäre Stadtverordnete Vertrauensmann der Polizei?

Christliche Anerkennung. Ueber die Wirkung unseres Boykotts gegen die große Straßenbahngesellschaft berichtet nun die christliche „Gewerkschaftsstimme“:

Bürger und Arbeiter befolgen unsere Bitte, die Bahn nicht zu benutzen. Trotz der Quertreibereien, die der sozialdemokratische Transportarbeiterverband in seinem Schmerz über die nicht bekommenen Straßenbahner macht, schließen sich die sozialdemokratischen Arbeiter und auch deren Parteibureau unserer Anforderung, die Bahn nicht zu benutzen, an.

Stadt-Theater.

„Tristan und Isolde“ von R. Wagner.

Eine außerordentlich gelungene Aufführung dieses Riesenerkes fand am Mittwoch vor einem gut besuchten Hause statt. Eine leichte Jubelposition des Herrn Deeg hinderte den Künstler zwar an der vollen Entfaltung seiner Mittel, war aber nicht so belangreich, daß sie die Vorstellung hätte stören sollen.

Lobe-Theater.

Innerehalb der großen Menge.

Schauspiel in drei Akten von Kurt Neurode.

Herr Neurode, in seinem aristokratischen Leben Baron Kurt von Reich, will partout ein dramatischer Dichter werden. Schon in einigen früheren Arbeiten, die auf hiesigen Bühnen aufgeführt wurden, konnte man an dem Gelingen dieser Absicht berechtigten Zweifel hegen.

rechnete die Direktion auf einen Massenverkehr; doch auch die Wagen blieben leer. Stundenweit liefen die Arbeiter, und der Straßenbahn ging die schöne Einnahme ab.

Die „Quertreibereien“ des Transportarbeiterverbandes bestehen natürlich in nichts anderem als der Ausübung des guten Rechts, an der Straßenbahn ebenfalls Mitglieder zu werden.

Müssen sie sich nicht schämen, wenn sie den von ihnen so oft betriebenen Arbeiterverrat mit der Solidarität vergleichen, die hier von Sozialdemokraten gelebt wird?

Gemeindevahltag in Oltaschin. Mittwoch Nachmittag um 3/4 Uhr, wie überall im Breslauer Landkreise bei den diesjährigen Wahlen, zu einer für die Arbeiter sehr ungünstigen Zeit, wurden in Oltaschin 3 Gemeindevertreter gewählt.

Der städtische Verkaufsvermittler. Ueber die Tätigkeit und die Erfolge des städtischen Verkaufsvermittlers bis Ende Dezember v. Js. — also in den ersten sieben Monaten des Bestehens dieser Einrichtung — berichtet der Magistrat folgendes:

Die Zufuhr und die Vermittlung des Verkaufs von Lebensmitteln aller Art war ersichtlicherweise eine recht bedeutende. Es waren an den Lieferungen sowohl das Inland wie auch das Ausland beteiligt.

Trotz des günstigen scheinenden Erfolges hat die Einrichtung im allgemeinen die von ihr erwarteten Wirkungen nicht in dem Maße gezeigt, wie sie wohl erwartet werden konnten.

Die Folge jener vorgefaßten Meinung war, daß die eingekauften Waren vielfach nicht an die im Verkehr kommenden Kleinhändler umgesetzt werden konnten, sondern an — die Lage

ausmündende — Großhändler oft erheblich unter dem Werte verkauft werden mußten. Es ist erklärlich, daß hierdurch die mit den Lieferanten angeknüpften Verbindungen nachteilig beeinflusst wurden.

Die Entwicklung und Erscheinungen in neuerer Zeit berechtigen jedoch zu der Hoffnung, daß die Mißstände der Vergangenheit allmählich verschwinden werden und daß unter dem bewährten gegenwärtigen Inhaber und bei seiner großen Mäßigkeit für das Unternehmen dieses seinen Zweck zur Verbilligung der Lebensmittel beizutragen voll und ganz erfüllen und die Unterstützung und das Verständnis der beteiligten Interessentenkreise finden wird.

Die drohenden Gastwirte. In der letzten Nummer des „Gastwirt“, Organ der Breslauer Saalbesitzer- und Wirtvereine, finden wir einen „Offenen Brief“ an die Herren Stadtverordneten Breslaus, in dem in dringenden Worten um die Ablehnung der Schankkonzessionssteuer gebeten wird.

Wir glauben es gern, daß den Herren Gastwirten der Geduldsfaden endlich reißt, aber wie die „Schranke-Tafel“ auf der ersten Seite beweist — ist von besonderem Mute bei den Führern der Breslauer Gastwirte noch nichts zu spüren.

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben ihr Hauptaugenmerk zunächst darauf gelegt, die Sätze der Steuer auf ein erträgliches Maß herabzubringen und einen Erhöhungsvorschlag noch in der letzten Kommissions Sitzung abgelehrt.

Der freie Sonnabend-Nachmittag gewinnt nach der „Köln. Ztg.“ in westdeutschen Städten immer mehr an Boden. So machten z. B. nach einer offiziellen Statistik in Darmen im Monat Dezember 588 Betriebe mit 23.288 Beschäftigten (12.936 männliche, 10.352 weibliche, 2167 jugendliche Personen) Sonnabends Nachmittags 1 Uhr Arbeitsstillstand.

Eigenartige Arbeitsverhältnisse herrschen, wie uns geschrieben wird, in dem Betriebe von Josef Kober, Metallschmelzerei und Fabrikation chemischer Produkte, Wilmannsstraße 8. Der Chef ist orthodoxer Jude, der den Sonnabend durch strenge

gure im Stille, überzeugend. Fr. v. Rosenfeld, Herr Kaiser, Herr Wallauer, Fr. Decarli, Herr Scholz, Frau Maeder-Stegemann und Herr Salperton gaben in den kleinen Partien ihr Bestes, um die Gesamtwirkung einheitsvoll zu gestalten.

Aus aller Welt.

Ein faulbarer Parrer. Der Parrer Münsterer aus Pombors, ein fleißiger Agitator, Schriftsteller und Mitarbeiter des von dem seligen Dr. Sigl gegründeten „Bayerischen Vaterland“, ist, wie wir schon berichtet haben, hinfällig verschwunden.

Ein verunglückter Schuhmann. In Berlin ging in der Dreienstraße das Pferd des Kaufmanns Wübel, das vor ein Dreifach entgegengriff, durch. Dem Tier warf sich der Schuhmann Riesebeck entgegen, er griff aber, als er die Hufe fassen wollte, fest und stürzte zu Boden.

Einem Schuhmann, der in dieser Weise im Dienst verunglückt wird, jedermann Sympathien schenken. Er vollbringt eine Tat, die ein großer Mut und eine große Entschlossenheit bezeugt, und bei der er Gesundheit und Leben auf dem Spiel setzt.

Mädchen als Sängerin ausbilden. Sie wird berühmt und reich und heiratet aus purer Dankbarkeit den ungeliebten Entdecker ihrer Kunst. Der entpuppt sich aber später als ganz gewöhnlicher Glücksritter, der sich nicht nur von seiner Frau ernähren läßt, nein, der nebenbei Schulden macht, spielt und sogar falsch spielt.

... die Arbeiter der Firma G. A. Schäg...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

... die Arbeiter der Firma hatten einen Tarif eingereicht...

Freitag, den 11. März, Abends 8 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Konzerthauses eine öffentliche Verammlung. ...

* Die Buchbinder aus Schlessen und Posen halten am Sonntag, den 17. April, im Breslauer Gewerkschaftshaus eine Goutage ab, die zum Verbandszuge in Erziehung nehmen und Antisage dazu vorbereiten soll. ...

* Sozialisten im Kampfe gegen freie Gewerkschafter. In der letzten Zimmerer-Verammlung gab Goldschmidt einen Bericht über den Verlauf der Verbandsaufgabe, welche der Vorstand der freien Gewerkschaft mit grossem Kampfe gegen ihn hat durchsetzen lassen. ...

* Die Zimmerer. Wie immer, so wurde auch in dieser Verammlung wieder über das unsozialistische Verhalten einiger Mitglieder aus der freien Gewerkschaft Klage geführt. ...

* Die Arbeiter. Auch das Verhalten des Poliers Moiss Neumann, bei dem Unternehmer R. Neumann, gegen einige der dort beschäftigten Arbeiter, wurde scharf gerügt. ...

* Niederabend von Susanne Dessoir. Der Montag Abend der Kammermusiksalon betrat, der durfte mit einer kleinen Variante den seligen Kaschka zitieren und sagen: Damen, Damen, nichts als Damen! ...

* Breslauer Schauspielhaus. Heute Donnerstag stellt Direktor Nieber sämtliche Räume des Schauspielhauses für das große Volkstheater zum Gunsten der Pensionisten-Vereinigung an. ...

* Von der städtischen Straßenbahn. Die neue Bahnlinie der städtischen Straßenbahn Direktorbahnhof-Weidenburgerplatz vom 1. März, also mit Inkrafttreten des neuen Sommerfahrplans, eröffnet werden. ...

Freitag, den 11. März, Abends 8 1/2 Uhr, im kleinen Saale des Konzerthauses eine öffentliche Verammlung. ...

* Der Straßenbahnunfall auf der Weidenburgerstraße. Der Knabe angeblich durch die Straßenbahn überfahren wurde, hat sich tatsächlich folgendermaßen abgespielt: Eine Lokomotive, die ein Arbeiter an der Straßenbahn zum Fortschaffen von Steinen benutzte, war auf dem Straßenbahnsteig. ...

* Rauber Raht auf eure Räber an! Es sind in letzter Zeit so viele Raubüberfälle vorgekommen, dass angenommen werden muss, ein gewöhnlicher Raubüberfall treibe hier sein Unwesen. ...

* Wandfahrten. An der Zeit vom 20. bis 27. Februar sind in den städtischen Kassen, Verkehrsanstalten u. folgende Gegenstände gefunden worden: 2 Opernplakate im Wert 1 Koron, ein mollener und ein feiner Damenschirm, eine Nadel mit Stein im Stiel, eine Handtasche, ein Stiefel mit schwarzem Griff, ein Regenschirm, ein Regenstiefel, ein Portemonnaie, entb. 23 Pf., eine Weibsch, drei Damenschirme, ein lebreres Taschentuch, ein Paar braune Glacéhandschuhe, ein Buch (Scheitel), ein Karfunkel und ein schwarzer Damenschirm in der städtischen Straßenbahn. ...

* Befunden wurden: zwei Kinderwagen, ein schwarzer Überwurf, ein Straßenbahnwagentarke, ein Paket mit Futterstoff und Knöpfen, ein Wandschirm, ein Kinderständer, zwei Kartons mit Damenkleidern und eine silberne Brosche mit lila Stein. ...

Schlessen, Posen und Nachbargebiete.

Schlesien, 9. März. Wahlrechtskommission der Mittelständler. Im großen Saale der Frauenvereinsverwaltung am Montag Abend die hiesige Mittelstandsvereinsung eine öffentliche politische Verammlung, um gegen die Wahlrechtsvorlage der Regierung Stellung zu nehmen. ...

Wien, 10. März. Oberbürgermeister Dr. Euzger ist heute früh 7 Uhr 55 Minuten im Alter von 69 Jahren gestorben.

Monte Carlo fliegt wieder über das Meer. Paris, 10. März. (S. T. Z.) Monte Carlo hat zu Monaco wieder einen wunderbaren Flug von achtzig Minuten ausgeführt. ...

Ein Ultimatum an die Arbeiter. New York, 10. März. Die großen Textilfabriken in Philadelphia haben ihren Arbeitern ein Ultimatum gestellt und gedroht, dass sie ihre Fabriken bis zum Herbst dieses Jahres schließen, wenn die Arbeiter nicht am nächsten Montag die Arbeit wieder aufnehmen. ...

Die Streikunruhen in Philadelphia. Philadelphia, 10. März. In dem Vorort Frankfort kam es wiederholt zu ernstlichen Unruhen. Ein Straßenbahnwagen voller Streikbrecher fuhr wiederholt in kürzestem Tempo die Frankforter Avenue auf und nieder. ...

Wien, 10. März. (S. T. Z.) Gestern Vormittag ereignete sich zwischen Himberg und Maria-Theresendorf ein schwerer Automobilunfall, bei dem eine Person getötet und fünf Personen schwer verletzt wurden. ...

Paris, 10. März. (S. T. Z.) Ueber ein großes Schiffschifferei ereignete sich ein schwerer Brand. In dem Hafen der Mittelmeerbahn-Gesellschaft ist ein großer Brand ausgebrochen. ...

Wien, 10. März. (S. T. Z.) Gestern Vormittag ereignete sich zwischen Himberg und Maria-Theresendorf ein schwerer Automobilunfall, bei dem eine Person getötet und fünf Personen schwer verletzt wurden. ...

Table with 11 columns: Wasserstandsberichte der Oden. Headers: Wasser, Röhrling, Röhrling, Röhrling, Röhrling, Röhrling, Röhrling, Röhrling, Röhrling, Röhrling, Röhrling.

Verammlungen und Vereine.

- Gewerkschaftshaus. Donnerstag, den 10. März: Lichtbilder-Vortrag des Holzarbeiter-Verbandes im Saale. ...

- Freitag, den 11. März: Stenogramm. Leubna: Zimmer 3/4. Kurzus: 1. Stunde im Zimmer 5. ...

- Sonntag, den 12. März: Buchbinder. Mitglieder-Verammlung. 1. Vortrag des Kollegen Albert: Der bevorstehende Verbandsstag in Erzurum. ...

- Montag, den 14. März: Orchesterkassa der Bierbrauer und Metzger. Verammlung im Zimmer 2. ...

- Dienstag, den 15. März: Schuhmacher. Verammlung. Zimmer 1. ...

- Sonntag, den 19. März: Die Bezirksfähre werden erichtet, beim Umstürzen auf die zur Gewinnung weiblicher Mitglieder angegebener Beiträge. ...

- Sonntag, den 19. März: Die Bezirksfähre werden erichtet, beim Umstürzen auf die zur Gewinnung weiblicher Mitglieder angegebener Beiträge. ...

Die Wahlrechtskommission der Mittelständler. In der städtischen Kassen, Verkehrsanstalten u. folgende Gegenstände gefunden worden: 2 Opernplakate im Wert 1 Koron, ein mollener und ein feiner Damenschirm, eine Nadel mit Stein im Stiel, eine Handtasche, ein Stiefel mit schwarzem Griff, ein Regenschirm, ein Regenstiefel, ein Portemonnaie, entb. 23 Pf., eine Weibsch, drei Damenschirme, ein lebreres Taschentuch, ein Paar braune Glacéhandschuhe, ein Buch (Scheitel), ein Karfunkel und ein schwarzer Damenschirm in der städtischen Straßenbahn. ...

Die Wahlrechtskommission der Mittelständler. In der städtischen Kassen, Verkehrsanstalten u. folgende Gegenstände gefunden worden: 2 Opernplakate im Wert 1 Koron, ein mollener und ein feiner Damenschirm, eine Nadel mit Stein im Stiel, eine Handtasche, ein Stiefel mit schwarzem Griff, ein Regenschirm, ein Regenstiefel, ein Portemonnaie, entb. 23 Pf., eine Weibsch, drei Damenschirme, ein lebreres Taschentuch, ein Paar braune Glacéhandschuhe, ein Buch (Scheitel), ein Karfunkel und ein schwarzer Damenschirm in der städtischen Straßenbahn. ...

Die Wahlrechtskommission der Mittelständler. In der städtischen Kassen, Verkehrsanstalten u. folgende Gegenstände gefunden worden: 2 Opernplakate im Wert 1 Koron, ein mollener und ein feiner Damenschirm, eine Nadel mit Stein im Stiel, eine Handtasche, ein Stiefel mit schwarzem Griff, ein Regenschirm, ein Regenstiefel, ein Portemonnaie, entb. 23 Pf., eine Weibsch, drei Damenschirme, ein lebreres Taschentuch, ein Paar braune Glacéhandschuhe, ein Buch (Scheitel), ein Karfunkel und ein schwarzer Damenschirm in der städtischen Straßenbahn. ...

Die Wahlrechtskommission der Mittelständler. In der städtischen Kassen, Verkehrsanstalten u. folgende Gegenstände gefunden worden: 2 Opernplakate im Wert 1 Koron, ein mollener und ein feiner Damenschirm, eine Nadel mit Stein im Stiel, eine Handtasche, ein Stiefel mit schwarzem Griff, ein Regenschirm, ein Regenstiefel, ein Portemonnaie, entb. 23 Pf., eine Weibsch, drei Damenschirme, ein lebreres Taschentuch, ein Paar braune Glacéhandschuhe, ein Buch (Scheitel), ein Karfunkel und ein schwarzer Damenschirm in der städtischen Straßenbahn. ...

Die Wahlrechtskommission der Mittelständler. In der städtischen Kassen, Verkehrsanstalten u. folgende Gegenstände gefunden worden: 2 Opernplakate im Wert 1 Koron, ein mollener und ein feiner Damenschirm, eine Nadel mit Stein im Stiel, eine Handtasche, ein Stiefel mit schwarzem Griff, ein Regenschirm, ein Regenstiefel, ein Portemonnaie, entb. 23 Pf., eine Weibsch, drei Damenschirme, ein lebreres Taschentuch, ein Paar braune Glacéhandschuhe, ein Buch (Scheitel), ein Karfunkel und ein schwarzer Damenschirm in der städtischen Straßenbahn. ...

Die Wahlrechtskommission der Mittelständler. In der städtischen Kassen, Verkehrsanstalten u. folgende Gegenstände gefunden worden: 2 Opernplakate im Wert 1 Koron, ein mollener und ein feiner Damenschirm, eine Nadel mit Stein im Stiel, eine Handtasche, ein Stiefel mit schwarzem Griff, ein Regenschirm, ein Regenstiefel, ein Portemonnaie, entb. 23 Pf., eine Weibsch, drei Damenschirme, ein lebreres Taschentuch, ein Paar braune Glacéhandschuhe, ein Buch (Scheitel), ein Karfunkel und ein schwarzer Damenschirm in der städtischen Straßenbahn. ...

Neueste Nachrichten.

Sozialdemokraten beim Minister. Hannover, 10. März. Wie der Kurier meldet, hat Staatssekretär von Schoen die beiden sozialdemokratischen Mitglieder der Budgetkommission, Seidel und Scheibeman, zu sich bitten lassen, um sie über den Standpunkt der Regierung in der Annahme von der Regierung zu belehren.

Konflikt mit den Aerzten. Berlin, 10. März. In der städtischen Heimstätte für Kranke Kranke in Bud haben 23 Patienten gleichzeitig ihre fortliegende Entlassung aus der Anstalt erbeten und erhalten. Der Grund liegt in Differenzen, die zwischen diesen Patienten und den Aerzten ausgebrochen sind.

Auffehen erregende Verhaftung. Berlin, 10. März. Großes Aufsehen erregt die gestern erfolgte Verhaftung des früheren Reichstags- und Reichsratsmitgliedens des Landwirts Jörg aus Berlin. Beide haben gemeinsam eine ganze Reihe Schwindeleien verübt und

Sonntag, den 19. März: Die Bezirksfähre werden erichtet, beim Umstürzen auf die zur Gewinnung weiblicher Mitglieder angegebener Beiträge. ...

Sonntag, den 19. März: Die Bezirksfähre werden erichtet, beim Umstürzen auf die zur Gewinnung weiblicher Mitglieder angegebener Beiträge. ...

Sonntag, den 19. März: Die Bezirksfähre werden erichtet, beim Umstürzen auf die zur Gewinnung weiblicher Mitglieder angegebener Beiträge. ...

Sonntag, den 19. März: Die Bezirksfähre werden erichtet, beim Umstürzen auf die zur Gewinnung weiblicher Mitglieder angegebener Beiträge. ...

Sonntag, den 19. März: Die Bezirksfähre werden erichtet, beim Umstürzen auf die zur Gewinnung weiblicher Mitglieder angegebener Beiträge. ...

Sonntag, den 19. März: Die Bezirksfähre werden erichtet, beim Umstürzen auf die zur Gewinnung weiblicher Mitglieder angegebener Beiträge. ...

Sonntag, den 19. März: Die Bezirksfähre werden erichtet, beim Umstürzen auf die zur Gewinnung weiblicher Mitglieder angegebener Beiträge. ...

Sonntag, den 19. März: Die Bezirksfähre werden erichtet, beim Umstürzen auf die zur Gewinnung weiblicher Mitglieder angegebener Beiträge. ...

Sonntag, den 19. März: Die Bezirksfähre werden erichtet, beim Umstürzen auf die zur Gewinnung weiblicher Mitglieder angegebener Beiträge. ...

Sonntag, den 19. März: Die Bezirksfähre werden erichtet, beim Umstürzen auf die zur Gewinnung weiblicher Mitglieder angegebener Beiträge. ...

Alkoholfreie Getränke
„Oligo“ Cistern...
Brau- & Brauerei...

Drogen und Farben
Kaufhaus...
Farben...

Einberstein...
Kaufhaus...
Einberstein...

Mamluk, J.
Kaufhaus...
Mamluk, J...

Pfandlohen u. Kolonialwaren
Kaufhaus...
Pfandlohen...

Silberberg, Kaufhaus...
Kaufhaus...
Silberberg...

Bandagisten
Kaufhaus...
Bandagisten...

Eisen- u. Stahlwaren
Kaufhaus...
Eisen- u. Stahl...

Garten- u. Teppiche
Kaufhaus...
Garten- u. Tepp...

Kolonialwaren
Kaufhaus...
Kolonialwaren...

Photographische Ateliers
Kaufhaus...
Photographische...

Centawer, M.
Kaufhaus...
Centawer, M...

Bäckereien und Konditoreien
Kaufhaus...
Bäckereien...

Färberei u. Wäscherei
Kaufhaus...
Färberei u. Wä...

Grabdenkmäler
Kaufhaus...
Grabdenkmäler...

Kolonialwaren
Kaufhaus...
Kolonialwaren...

Putz, Modes
Kaufhaus...
Putz, Modes...

Warenhäuser
Kaufhaus...
Warenhäuser...

Berufskleidung
Kaufhaus...
Berufskleidung...

Fahrräder, Nähmaschinen
Kaufhaus...
Fahrräder, Näh...

Hygienische Gummiwaren
Kaufhaus...
Hygienische Gum...

Kolonialwaren
Kaufhaus...
Kolonialwaren...

Polster- u. Dekorationsarbeiten
Kaufhaus...
Polster- u. Dekor...

Warenhäuser
Kaufhaus...
Warenhäuser...

Bier-Brauereien, Bier-Verleger
Kaufhaus...
Bier-Brauereien...

Fische u. Delikatessen
Kaufhaus...
Fische u. Delikat...

Herren-Garderobe
Kaufhaus...
Herren-Garderobe...

Kolonialwaren
Kaufhaus...
Kolonialwaren...

Restaurateure
Kaufhaus...
Restaurateure...

Warenhäuser
Kaufhaus...
Warenhäuser...

Berufskleidung
Kaufhaus...
Berufskleidung...

Fahrräder, Nähmaschinen
Kaufhaus...
Fahrräder, Näh...

Hygienische Gummiwaren
Kaufhaus...
Hygienische Gum...

Kolonialwaren
Kaufhaus...
Kolonialwaren...

Polster- u. Dekorationsarbeiten
Kaufhaus...
Polster- u. Dekor...

Warenhäuser
Kaufhaus...
Warenhäuser...

Bier-Brauereien, Bier-Verleger
Kaufhaus...
Bier-Brauereien...

Fische u. Delikatessen
Kaufhaus...
Fische u. Delikat...

Herren-Garderobe
Kaufhaus...
Herren-Garderobe...

Kolonialwaren
Kaufhaus...
Kolonialwaren...

Restaurateure
Kaufhaus...
Restaurateure...

Warenhäuser
Kaufhaus...
Warenhäuser...

Berufskleidung
Kaufhaus...
Berufskleidung...

Fahrräder, Nähmaschinen
Kaufhaus...
Fahrräder, Näh...

Hygienische Gummiwaren
Kaufhaus...
Hygienische Gum...

Kolonialwaren
Kaufhaus...
Kolonialwaren...

Polster- u. Dekorationsarbeiten
Kaufhaus...
Polster- u. Dekor...

Warenhäuser
Kaufhaus...
Warenhäuser...

Bier-Brauereien, Bier-Verleger
Kaufhaus...
Bier-Brauereien...

Fische u. Delikatessen
Kaufhaus...
Fische u. Delikat...

Herren-Garderobe
Kaufhaus...
Herren-Garderobe...

Kolonialwaren
Kaufhaus...
Kolonialwaren...

Restaurateure
Kaufhaus...
Restaurateure...

Warenhäuser
Kaufhaus...
Warenhäuser...

Berufskleidung
Kaufhaus...
Berufskleidung...

Fahrräder, Nähmaschinen
Kaufhaus...
Fahrräder, Näh...

Hygienische Gummiwaren
Kaufhaus...
Hygienische Gum...

Kolonialwaren
Kaufhaus...
Kolonialwaren...

Polster- u. Dekorationsarbeiten
Kaufhaus...
Polster- u. Dekor...

Warenhäuser
Kaufhaus...
Warenhäuser...

Bier-Brauereien, Bier-Verleger
Kaufhaus...
Bier-Brauereien...

Fische u. Delikatessen
Kaufhaus...
Fische u. Delikat...

Herren-Garderobe
Kaufhaus...
Herren-Garderobe...

Kolonialwaren
Kaufhaus...
Kolonialwaren...

Restaurateure
Kaufhaus...
Restaurateure...

Warenhäuser
Kaufhaus...
Warenhäuser...

Berufskleidung
Kaufhaus...
Berufskleidung...

Fahrräder, Nähmaschinen
Kaufhaus...
Fahrräder, Näh...

Hygienische Gummiwaren
Kaufhaus...
Hygienische Gum...

Kolonialwaren
Kaufhaus...
Kolonialwaren...

Polster- u. Dekorationsarbeiten
Kaufhaus...
Polster- u. Dekor...

Warenhäuser
Kaufhaus...
Warenhäuser...

Bier-Brauereien, Bier-Verleger
Kaufhaus...
Bier-Brauereien...

Fische u. Delikatessen
Kaufhaus...
Fische u. Delikat...

Herren-Garderobe
Kaufhaus...
Herren-Garderobe...

Kolonialwaren
Kaufhaus...
Kolonialwaren...

Restaurateure
Kaufhaus...
Restaurateure...

Warenhäuser
Kaufhaus...
Warenhäuser...

Berufskleidung
Kaufhaus...
Berufskleidung...

Fahrräder, Nähmaschinen
Kaufhaus...
Fahrräder, Näh...

Hygienische Gummiwaren
Kaufhaus...
Hygienische Gum...

Kolonialwaren
Kaufhaus...
Kolonialwaren...

Polster- u. Dekorationsarbeiten
Kaufhaus...
Polster- u. Dekor...

Warenhäuser
Kaufhaus...
Warenhäuser...

Bier-Brauereien, Bier-Verleger
Kaufhaus...
Bier-Brauereien...

Fische u. Delikatessen
Kaufhaus...
Fische u. Delikat...

Herren-Garderobe
Kaufhaus...
Herren-Garderobe...

Kolonialwaren
Kaufhaus...
Kolonialwaren...

Restaurateure
Kaufhaus...
Restaurateure...

Warenhäuser
Kaufhaus...
Warenhäuser...

Berufskleidung
Kaufhaus...
Berufskleidung...

Fahrräder, Nähmaschinen
Kaufhaus...
Fahrräder, Näh...

Hygienische Gummiwaren
Kaufhaus...
Hygienische Gum...

Kolonialwaren
Kaufhaus...
Kolonialwaren...

Polster- u. Dekorationsarbeiten
Kaufhaus...
Polster- u. Dekor...

Warenhäuser
Kaufhaus...
Warenhäuser...

Bier-Brauereien, Bier-Verleger
Kaufhaus...
Bier-Brauereien...

Fische u. Delikatessen
Kaufhaus...
Fische u. Delikat...

Herren-Garderobe
Kaufhaus...
Herren-Garderobe...

Kolonialwaren
Kaufhaus...
Kolonialwaren...

Restaurateure
Kaufhaus...
Restaurateure...

Warenhäuser
Kaufhaus...
Warenhäuser...

Deutscher Reichstag.

12. Sitzung, Mittwoch, den 9. März, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratslich: v. Tirpitz.

Stat für das Schutzgebiet Kiautschau.

Abg. Erzberger (Zentr.): Kiautschau hat uns alles in allem 150 Millionen gekostet. Dabei hat der deutsche Kaufmann dort weniger Selbständigkeit als in Shanghai und Hongkong. Der Grund dafür: Kamikaze vor die Front, Militär hinter die Front! wird dort noch nicht genügend befolgt. Die Selbstverwaltung muß geändert werden, die Zivilverwaltung muß mehr herangezogen werden, auch muß die dortige große Beamtenapparatur besser ausgebaut werden. Ein wichtiges Kapitel bilden die Bauen. Das Haus des Gouverneurs war auf 450.000 Mark veranschlagt, kostete aber 680.000 Mark. Ich habe den dringenden Wunsch, daß der Reichstag sich für Kiautschau erheblich zurückgehen möge, aber ich erlaube an, daß sich dort keine der Entwicklung zeigen, die für andere Schutzgebiete Vorbild sein können, das gilt in erster Linie für die Justizpflege. Wir müssen zu einem selbständigen Kolonialrecht gelangen. Die Ausgestaltung des Schulwesens in Kiautschau ist notwendig, dazu sollte die deutsche Industrie Mittel zur Verfügung stellen. Vorwärts kommen können wir aber nur Hand in Hand mit der Chinesenarbeit, Reibungen mit ihr müssen daher vermieden werden. (Bravo! im Zentrum.)

Staatssekretär v. Tirpitz vertritt sich über den Handel mit Kiautschau und Linan. Ohne letzteres wäre es unmöglich gewesen, in dem Eisenbahnhandel mit China hineinzukommen. Kiautschau hat uns übrigens bisher nicht 150 sondern nur 131 Millionen gekostet. Bezüglich der Selbstverwaltung teile ich die Ansicht des Herrn Erzberger. Wir werden alles tun, was wir können. Die Uebersehungen beim Bau des Gouverneurpalastes rühren zum großen Teil von der Steigerung der Löhne und Materialpreise her. Die Sommerwohnung des Gouverneurs ist notwendig. Ich war in jener Gegend und durch nach. (Weiter.)

Abg. Dr. Baasche (natl.): Auf unsere Kolonie Kiautschau können wir Deutsche stolz sein. Die Festlegung derselben hat auch den Reichstag Eugen Richter's gefunden. (Leb. Zustimmung!) Die Verwaltung ist aber eine viel zu teure, wenn man bedenkt, daß das Gebiet nicht größer ist, als ein deutscher Landkreis. Bei aller Kritik jedoch darf nicht verkannt werden, daß wir in Kiautschau einen hoch bedeutsamen Ausstrahlungspunkt deutscher Kultur in Ostasien besitzen.

Abg. Dr. Bräcker (konf.) preist begeistert die Bedeutung Kiautschaus. Ein militärischer Stützpunkt, wie ursprünglich gedacht, ist es allerdings nicht geworden, dafür aber ein Zentrum deutscher Kultur, deutscher Tüchtigkeit, deutscher Gründlichkeit. Andere Nationen hätten ihre Repräsentanten in den Kolonien noch weit lugrunder aus, als wir. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär v. Tirpitz tritt den Ausführungen Baasches über die teure Verwaltung entgegen und ladet ihn zu einem Besuche an Ort und Stelle ein. Zimmerlied werde er sich bemühen, das Beamtenpersonal zu vermindern.

Abg. Storz (Fortschr. Vpt.): Namens der Fortschrittlichen Volkspartei (Reiterzeit) habe ich zu erklären, daß wir damit einverstanden sind, daß Kiautschau nicht als militärischer Stützpunkt betrachtet werden soll. Man soll unser ostasiatisches Schutzgebiet vom wissenschaftlichen und kaufmännischen Standpunkt betrachten und danach handeln. Vor allem großem Optimismus ist aber trotz der günstigen Lage zu warnen. Für Sparlichkeit und Selbstverwaltung treten auch wir ein. (Beif. v. d. Fortschr. Vpt.)

Abg. Noke (Soz.): In der Budgetkommission ist der Etat für Kiautschau diesmal viel schärfer kritisiert worden als sonst. Das ist ein Ausdruck des Unbehagens, der bei vielen daher kommt, daß die ursprünglichen Erwartungen nicht in Erfüllung gehen. Trotz der größten Sparlichkeit ist auch der Zulusch in diesem Jahre noch über 2 Millionen. Bezüglich der Selbstverwaltung stehen wir auf dem Standpunkt, daß man an sie herangehen sollte, wenn die in Kiautschau Anhängigen die Mittel für ihre Gemeinwesen aufbringen. Das Reich kann nicht für ihre Schulen sorgen.

Bei der Pachtung Kiautschaus war keine Rede davon, daß es nur ein bescheidener Stützpunkt, eine Kohlenstation werden sollte. Man spielte vielmehr mit der Idee, das kleine Schutzgebiet würde bald eine Ausdehnung erfahren, mindestens auf die große Provinz Schantung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber

diese Hoffnungen sind zusammengebrochen.

Ein anderer Reiz ist kaum denkbar. (Sehr wahr! bei den Soz.) Kiautschau hat uns, wie alle Kolonien, ein gutes Stück Geld gekostet, ohne nennenswerte Erfolge im Wirtschaftsleben zu bringen. Das Gebiet ist etwa so groß wie das von Bremen und im Laufe von 10 Jahren haben wir rund 150 Millionen hineingesteckt. Dazu kommt noch als unmittelbare Folge der Pachtung die aufwändige Bewegung in China, welche uns weitere 250 Millionen gekostet hat. Und diese Ausgaben steigen noch insolge der sich immer mehrenden Pensionierungen. (Zeit, hört! bei den Soz.) Wenn der chinesische Markt erst einmal für große Warenmengen aufnahmefähig sein wird, dann wird doch nur der den Vorrang haben, welcher durch Güte und Preiswertigkeit der Ware die Konkurrenz schlägt. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wenn ich mich in der Kommission nicht gründlich verhöhrt habe, so hat selbst der Staatssekretär davon gesprochen, daß es durchaus unklar sei, ob die europäischen Mächte günstige Chancen für die Eroberung des chinesischen Marktes haben. Herr Erzberger meinte, für die so oft anfallenden Summen sei doch manches Gute geschaffen. Herr Baasche bestritt sich, schwärmte förmlich von den bewaldeten Höhen Kiautschaus, aber hätten wir all das Geld auf ein so kleines Gebiet in Deutschland verwendet, wiewohl allmähliche Reaktionen würden wir erzielt haben? (Sehr wahr! bei den Soz.) Ich glaube, mit diesem Gelde hätte man auf dem Boden oder auf der Schneefläche Sparg-Kulturen anlegen können. (Weiterheit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Unangenehme Dinge verstreut die Denkschrift. Von dem wochenlangen Boykott der chinesischen Kaufmannschaft gegen Lingtau findet sich kein Wort. Genauigkeit wäre aber um so notwendiger, als schon aus den Ausführungen des Staatssekretärs die Meinung hervorgeht, die angenehmen Dinge schäfer als nötig zu betonen. (Weiterheit bei den Soz.) Er leistet sich die Uebertreibung, ganz Ostasien laufe in Kiautschau zusammen, um die dortige wirtschaftliche Wirtschaft anzusehen. (Lachen bei den Soz.) Dabei ist der Personenverkehr der Schantungseisenbahn zurückgegangen.

Der Staatssekretär sagte, die Chinesen nehmen keinen Anstoß an der Besatzung, aber der Vorratshand hat eine andere Lehre erteilt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Was von den heraldischen amtlichen Beziehungen zwischen Deutschland und China zu halten ist, haben Kenner der Chinesen wiederholt auseinandergesetzt. In den Volkstreifen in Schantung herrscht eine deutschfeindliche Stimmung, und es kann gar nicht anders sein. Sobald sich in China ein nationales Empfinden regt, muß die deutsche Festlegung in Kiautschau als ein Pfahl im Fleische empfunden werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn man an die Zukunft denkt, so sollte man auch erachtlich erwägen, wie mit dem chinesischen Nationalgefühl die militärische Macht Chinas erloschen wird. Bei all den schönen Erörterungen habe ich daher eine Erwägung vermisst: Wie wir es anfangen sollen, uns rückwärts zu konzentrieren, ehe wir hinausgeworfen werden. Wir waren von Anfang an gegen die Festlegung in Kiautschau, daher verweigern wir auch in diesem Jahre die Mittel. (Leb. Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Grosse (natl.) verteidigt seinen Parteifreund Baasche gegen den Staatssekretär. Auf positive Zahlen habe Herr von Tirpitz nur mit optimistischen und kaum haltbaren Berechnungen ge-

Abg. Macken (Zentr.) wünscht möglichst viel kaufmännischen Geist in der Verwaltung Kiautschaus und schließt sich den Ausführungen Dr. Baasches über die kostspielige Verwaltungsweise an. (Beifall im Zentr.)

Staatssekretär v. Tirpitz verspricht, nach Möglichkeit den Wünschen des Vorredners entgegenzukommen. Der Bureaukratismus habe seinen eifrigeren Gegner als das Reichsmarineamt.

Der Etat für Kiautschau wird mit den Streichungen der Kommission bewilligt.

Der Postetat.

Abg. Kämpf (F. Vp.) trägt Postal- und Spezialsteuer vor und tritt, wie alljährlich, für Erhaltung des Weltpostes ein. Des Weiteren führt Redner Beschwerde darüber, daß die Ueberfälle des Postfachverkehrs nicht wie versprochen, zu Verbesserungen der Verkehrsrichtungen verwendet werden. Die Post muß sich nicht bewahren, daß sie dem Verkehr zu dienen hat. (Bravo! links.)

Abg. Latmann (Wirtsch. Vgg.) wünscht engere Fühlung der Post mit dem praktischen Leben.

Staatssekretär Reiter: Wir können es in Bezug auf den kaufmännischen Geist nicht machen. Prügel bekommen wir doch immer. (Weiterheit.) Redner wendet sich gegen die von den Nationalliberalen beantragte Resolution, die einen ständigen Beirat für Post- und Telegraphenangelegenheiten wünscht. Das hieße ja, die Postverwaltung unter Krutal stellen. (Weiterheit.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr. Schluß 7¹/₂ Uhr.

Im Abgeordnetenhaus

regten am Mittwoch bei der Fortsetzung der Spezialberatung des Etats der Gewerbe-Verwaltung Genosse Leinert und der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Fleck eine Erhöhung der für die nicht gewerbsmäßigen Arbeitsschwerfassen ausgeworfenen staatlichen Unterstützung an. Der preussische Etat hat für diesen wichtigen Zweig unserer gesamten Volkswirtschaft lumpig 10.000 Mark übrig, während er z. B. allein für die Bildung von Volksschulen 300.000 Mark auswirft. Das Verlangen des Verbandes deutscher Arbeitsschwerfassen, ihm wenigstens eine Viertelmillion zur Verfügung zu stellen, um durch einen gut organisierten Arbeitsschwerfassen viel Elend verhindern und viele Familien vor der Arbeitslosigkeit bewahren zu können, ist demnach wirklich nicht unbegründet, wurde aber trotzdem vom Ministerium unter Hinweis auf Preußens schlechte Finanzen abgelehnt. Man sieht, wie Preußen seine Kulturaufgaben erfüllt und wie notwendig ein aus freien Wahlen hervorgegangenes Parlament auch für diese Frage ist. Zur Unterstützung der meist von den Städten eingerichteten Hochschulforschungen, die in verstaatlichten Magisterratszimmern ein Unterkommen finden, meist mit ungenügenden Kräften besetzt sind und den Besuchern oft so unzureichende Auskünfte geben, daß diese sich an die Arbeiterorganisationen, auch die der christlichen Gewerkschaften, keinen Pfennig bekommen. Unter Hinweis auf die immense Kulturarbeit, die die Gewerkschaften in ihren 159 Arbeitersekretariaten erfüllen, verlangte Leinert auch für sie eine Subvention, wurde vom Ministerium aber nicht einmal einer Antwort gewürdigt. Beim Bauetat wurde von linksheimischen Abgeordneten wiederum wie in den Vorjahren die Kanalreinigung der Wesel und Saar verlangt, ein Projekt, das seit dreißig Jahren schwebt, das aber von der Regierung noch nicht einmal aus dem Stadium der allerersten Vorarbeiten herausgebracht ist. Sie hielt den Bau des ganz unrentablen, aber für die ostelbischen Junker notwendigen mahrischen Kanals für betragslos und vernachlässigte darüber die Interessen weiter industrieller Kreise des Westens und Südens. Am Freitag beginnt die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage. Der Donnerstag bleibt für das Spiel hinter den Kulissen sichtigungsfrei.

Partei-Angelegenheiten.

Vollmars Geburtstag. Nur im engen Kreise und in schlichter Art feierte die sozialdemokratische Partei Wollmars den sechzigsten Geburtstag ihres bewährten Führers Vollmar. In ersten Worten und in Reden mit köstlichem Humor gewürzt wurden der Jubilar und seine liebenswürdige Gattin geehrt. Außerdem überreichten die Parteioptionen dem Genossen Vollmar zur Erinnerung und zum Zeichen voller Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Parteibewegung zwei prächtige Gemälde, von hübschen Künstlern geschaffen: den Walkenlee von Reichleiter und einen Ausschnitt vom Stauerbergsee von Kreisler.

Vollmar dankte in bewegten Worten. Er selbst freute sich mit den um ihn Versammelten über die nun wieder erlangte Gesundheit. Er hoffe, im Dienste der gemeinsamen Sache wieder wie früher wirken zu können.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. In der Sitzung vom Mittwoch beschloß die sozialdemokratische Fraktion, im Reichstage eine Interpellation über das Verbot des Spazierganges im Treptower Park und die sich daran anschließenden Vorgänge in Berlin einzubringen.

Ein Reinfall der Dortmund-Anklagebehörden. Wegen eines Verfalls über die große Demonstration am 13. Februar wurde die „Arbeiterzeitung“ konfisziert und Genosse Georg Meyer, früherer Breslauer, der Verantwortliche, unter Anklage gestellt wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Geseze und wegen Aufreizung zum Klassenhaß. Das „Verbrechen“ sieht die Anklage in folgenden Sätzen des Artikels.

„Ihr wollt den Frieden haben, ihr Herren — wohan — so sollt ihr ihn denn haben! ... Wir werden auch fernertun tun, was nur in unserer Macht steht, um Blutvergießen zu verhindern, aber auf die Straße gehen jetzt die Massen — daran wird sie kein Wort und kein Tuschel mehr hindern! Und Schammasch obunten erst recht nicht! ... Ihr Reich, die man uns nicht freiwillig gibt, nehmen wir uns! Und der Arbeiter, der am Hochzeiten und in der Gewerbe tagtäglich im Dienste des Ausbeuterlums sein Leben aus Spiel setzt, wird nicht zurücktreten, wenn der Schammasch ihm sein Recht streitig machen will. Flieht Arbeiter! Ihr seid das Kapital, so kann es auch fliehen im Kampfe um Recht!“

Um die Anklage wegen Aufreizung zum Klassenhaß zu rechtfertigen, mußte der Staatsanwalt erst eine neue Bevölkerungskategorie schaffen, gegen die die Arbeiter aufgereizt werden sollten. Und eine solche Bevölkerungskategorie sind nach seiner Ansicht — die Schutzleute. Dem Verteidiger, Rechtsanwalt Franz, gelang es in glänzendster Weise, die Unhaltbarkeit der Anklage nachzuweisen. Die Schutzleute seien keine besondere Bevölkerungskategorie, und alle anderen Bevölkerungsklassen des Bezirks lebten den Wahrscheinlichkeit der Regierung mehr oder minder heilig ab. Es sei hier im Besonderen die einzige Bevölkerungskategorie vorhanden, die sich zum Entwurf der Regierung bekenne. Also sei es ein Übel, von Aufreizung der Bevölkerungsklassen gegen einander zu reden. Auch zum Ungehorsam gegen die Geseze sei nicht aufgefordert worden. Der Artikel sei geschrieben unter dem Eindruck der Vorgänge des 13. Februar. Er enthalte keine Aufforderung, sondern konstatiere nur Tatsachen.

Der Staatsanwalt beantragte die magenmäßig hohe Strafe von 6 Monaten Gefängnis. Das Gericht kam aber zu dem Resultat,

daß die Anklage wegen Aufreizung zum Klassenhaß nicht aufrecht erhalten werden könne. Genosse Meyer wurde nur wegen Aufforderung zu weiteren Demonstrationen (Ungehorsam gegen die Geseze) zu 500 Mk. Strafe verurteilt.

Der 17. sozialdemokratische Parteitag Ungarns findet zu Oflern, vom 27.-30. März in Budapest statt. Zur Teilnahme berechtigt sind außer den Vertretern der einzelnen Organisationen und der Gesamtpartei die Redaktionen der Parteiblätter, die Vertreter der freien Landesorganisationen, der Nationalitätenkomitees und des Frauen-Reichskomitees. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem: Die politischen Parteien und das Wahlrecht — Sozialpolitik und Kulturpolitik — Gemeindepolitik — Genossenschaftsbewegung.

Schnapsboikott in Holland. Wie bei uns hat der Militarismus und Marinismus auch in Holland ein Finanzelend erzeugt. Wie bei uns soll das Defizit von 12 Millionen Gulden zu neun Hebeln durch Erhöhung der indirekten Steuern aufgebracht werden, davon allein 64 Millionen Gulden durch Erhöhung der Branntweinsteuer. Das Sollverhältnis dieser Steuer wird, gelangt dieser Beizug, mit seinen 32,2 Millionen Gulden dem Gesamtetat der direkten Staatssteuer mit 48,3 Millionen Gulden recht nahe kommen.

Die Alkoholgegner Hollands erlassen jetzt Aufrufe an das Volk, durch den Schnapsboikott Steuerermäßigung zu üben. Man sieht, das deutsche Beispiel wirkt. Weniger Schnaps — weniger schwankende Geseze — dafür wankende Staatsfinanzen!

Arbeiterbewegung.

Zur Tarifbewegung im Holzgewerbe. Außer in einer großen Anzahl anderer Orte ist es jetzt auch zu einer Verknüpfung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Berlin gekommen. Die zwischen den Kommissionen getroffenen Vereinbarungen wurden Dienstag der Generalversammlung der Holzwerke Berlin des Holzarbeiterverbandes vorgelegt und akzeptiert. Die Berliner Holzarbeiter erreichten durch die Bewegung eine 5-prozentige Lohnerhöhung, Verbesserung des Arbeitsnachweises, einen höheren Aufschlag für Montagearbeiten und einige weitere Verbesserungen. Der Vertrag gilt für Groß-Berlin, also auch für Altdorf, Weisenhof, Charlottenburg, Schönberg und einige weitere Orte.

Die Arbeitgeber haben in einer Versammlung zu den Vereinbarungen noch nicht Stellung genommen, doch ist zu erwarten, daß auch dort Zustimmung erfolgt.

Streit der Brauerarbeiter in Köln. Am 8. März legte das Veronal der Bierbrauerei in Köln Ehrenfeld geschlossen die Arbeit nieder. Die Ursache war die nun schon solange geübte Verschleppung der Tarifbewegung durch die Unternehmer, die ihre Maßnahmen damit begründeten, daß es ihnen nicht gelungen sei, die Belastung durch die Brauererhöhung abzumildern und deshalb nichts bewilligen könnten. Die Unternehmer stehen unter dem Einfluß der sogenannten Feststellungskommission des Rheinisch-Westfälischen Holzarbeiterverbandes. Ohne Genehmigung der Kommission dürfen keine Arbeiterforderungen bewilligt werden. Zugun von Brauerarbeitern aller Art nach Köln ist ferngehalten.

Ein moderndenkender Unternehmer. In der Landschaftsgärtnerei-Firma Vera u. Schwede in Stuttgart haben die Gärtnerarbeiter durch Verhandlung mit der Firma eine Lohnerhöhung von vorläufig 2 Pf. die Stunde erreicht. Während der Verhandlungen erklärte der Firmeninhaber, Herr Vera, der Beschäftigtenkommission, daß er das Verbrechen an höhere Löhne durchaus billige; wenn diese heute noch so niedrig seien, so sei das aber aus schließlich Schuld der Arbeiter selbst. Diese sollten sich so organisieren, daß sie geschlossen vorgehen und ihre Forderungen bei allen Unternehmern der Branche geltend machen könnten. Dann würde sich ganz leicht ein Tarifvertrag zustande bringen lassen, dessen Lohnsätze den Verhältnissen angepaßt sind. Sollte es aber an einem Streit kommen, so werde er eine Teilnahme daran seinen Leuten nicht veranlassen und nach Beilegung der Differenzen könnten sie alle wieder bei ihm beschäftigt werden. Nicht die höheren Löhne seien es, die den realen Unternehmern schädigen, sondern vielmehr die Schmutzlorenz, die Unternehmer mit schlechten Lohnverhältnissen ausüben. — Einen dreier einflussvollen Standpunkt nehmen leider nur sehr wenige Unternehmer ein.

Der Streit in der A.-S. Webfabrik Sorgen in der Schweiz dauert fort. Die Fabrikleitung hat sich alle erdenkliche Mühe gegeben, ausländische Arbeitsmänner angeworben. Zwei größere Transporte, der eine aus Mailand (Italien), der andere aus Wien (Oesterreich), konnten dank der Wachsamkeit der Streikenden, sowie unserer übrigen Kollegen im In- und Auslande abgefangen werden. Nach all diesen Misserfolgen wird die Fabrikleitung eines letzten verzweifelten Versuches machen, um doch noch Leute zu bekommen. Gelinge es, diese letzten Anstrengungen zu vereiteln, so gebt der Sieg den Arbeitern. Das Streikkomitee. Sektion Sorgen des Schweizer Holzarbeiter-Verbandes.

Klassenjustiz in Neu-Südwalles. Wir berichten kürzlich über die Verurteilung von drei Führern der Bergarbeiter in Neu-Südwalles (Australien) zu einem halben bis einem Jahre Gefängnis. Es war gegen sie Anklage erhoben worden, weil sie an Versammlungen, bei denen mehr als zwei Personen anwesend waren, teilgenommen haben. Me zum Zweck der Leitung, Unterstützung und zur Fortführung eines Streiks partizipierten. — Das Zwangsgezet (Coercion Act), auf Grund dessen die Verurteilung erfolgte, wurde erst während des großen Kohlenarbeiterstreiks angenommen, doch hat es schon, wie obiges Beispiel zeigt, sofort dazu gedient, den Gewerkschaften ganz ungeheure neue Schwierigkeiten zu bereiten. Seine wichtigsten Bestimmungen lauten:

Jede Versammlung von zwei oder mehr Personen, welche sich mit der Leitung, Anordnung und Unterstützung zur Fortführung einer schon bestehenden Aussperrung oder Streikbewegung befaßt, ist ungesetzlich, wenn die betreffende Aussperrung oder Streikbewegung in Gewerben der täglichen Bedarfsartikel oder in staatlichen Transportgewerbe geführt wird. — Jede Person, welche an einer solchen Versammlung teilnimmt und wissen kann, daß die wahrscheinliche Folge der Fortführung einer solchen Aussperrung oder Streikbewegung sein wird, das Publikum ganz oder größtenteils eines notwendigen Gebrauchsartikels zu berauben, soll mit zwölf Monaten Gefängnis bestraft werden. — Daß es noch eine Reihe anderer gesetzlicher Methoden gibt, die Tätigkeit der Gewerkschaften unmöglich zu machen, erfahren vierzehn Funktionäre ebenfalls lokaler Gruppen des australischen Bergarbeiterverbandes, die Anfang Januar unter der Anklage, durch die Befürwortung der Annahme der Resolution der Delegiertenversammlung ihres Verbandes, welche sich für den Streik ausgesprochen hatte, in ihren Sektionen den Streik heraufbeschworen zu haben, vor dem Gericht in Newcastle standen. Also vierzehn wurden zu je 3000 Mark Geldstrafe oder zwei Monaten Zwangsarbeit verurteilt.

Aus der Urteilsbegründung des Richters Seydon verdient folgende Stelle hervorgehoben zu werden: „Meine jetzige Pflicht ist die am meisten eklektische, der ich jemals nachgegangen bin. Sie zwingt mich, Mitbürger zu verurteilen, die, im gewöhnlichen Sinne des Wortes, ordentliche und achtenswerte Leute sind und denen ich unter allen Umständen gern die Hände schütteln möchte.“ Seydon erklärte weiter, daß das „Streikgezet“, nach welchem die Verurteilung erfolgte, einen „stark politischen Charakter“

Landeshut, 10. März. In einer Kiesgrube...
ein Teil einer 10 Meter hohen Wand ein. Zwei Arbeiter wurden...

Blas, 9. März. Der Herr Staatsanwalt hat's
benutzen müssen! Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich
hüchlich ein Mann vom Lande unter der Anklage des Eigentums-
vergehens zu verantworten. Das Verlesungsmaterial, das die An-
klage gegen ihn vorbringt, ist erheblich, aber hoch und heilig beteuert
er seine Unschuld. Da kommt dem strengen Vertreter der Anklage
ein menschliches Köhnen an, das man im bürgerlichen Leben mit den
Worten „zur Gesundheit“ zu begleiten pflegt. „Un wenn Sie's nu
noch nicht glauben wolle, Herr Gerichtshof, der Herr Staatsanwalt
hott's logor beniese maffa! Über der Herr Gerichtshof“ maß dem
Staatsanwaltlichen Nie ein keine Beweisstrait für die Worte des An-
geklagten bei und verurteilte diesen zu einer längeren Freiheitsstrafe.

Reiffe, 8. März. Mißglückte Aktion zum
Schutze eines Arbeitwilligen. Vor dem hiesigen
Schöffengericht hatte sich in der vorigen Woche der Genosse
Hübner wegen Übertretung der §§ 152 und 153 zu
verantworten. Während der Ausperrung der Holzarbeiter im
vorigen Jahre soll er den Arbeitwilligen Kiefer, der zur
Zeit in Breslau bei der Firma Kimmel beschäftigt ist, be-
droht und beleidigt haben. Kiefer hatte bei der Firma
Kiesel Arbeit genommen und war von Gröbner über die
Ausperrung aufgeklärt und auf seine Handlungsweise als Arbeit-
williger aufmerksam gemacht worden, wozu Kiefer jedoch nur ein
bedingtes Nicken und die Aeußerung: „Ich mach's, was ich
will“ übrig hatte. Genosse Gröbner beschloß entschieden, den
Kiefer beleidigt zu haben. Außerdem könne § 152 nicht in
Anwendung gebracht werden, weil eine Verabredung zur Ar-
beitsvermittlung behufs Eringung besserer Lohn- und Arbeits-
bedingungen nicht festgefunden habe. Die Holzarbeiter seien
vielmehr ausgeperrt worden, weil sie den alten Vertrag ohne
jede Verbesserung nicht auf weitere drei Jahre anerkennen wol-
len. Das Gericht beschloß, die Verhandlung auf eine Stunde
zu vertagen und den Möbelfabrikanten Herrn Paul Fischel als
Zeugen zu laden. Herr Fischel wurde vom Gerichtsrat recht
eingehend über die Vertragsänderung und Erneuerung be-
fragt. Das Gericht kam daraufhin zu dem Schlusse, daß von
einer Verabredung zur Arbeitsvermittlung im Sinne der §§ 152
und 153 gar keine Rede sein könne. Das Gegenteil sei be-
wiesen, die Gesellen hätten auch ohne Vertrag, wenn auch auf
unbestimmte Zeit, gearbeitet. Der Angeklagte sei deshalb frei-
zusprechen und die Kosten der Staatskasse aufzuerlegen. Der
Antrag, auch die Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse
zu übernehmen, wurde abgelehnt. Der Staatsanwalt meinte,
der Angeklagte hätte bei der polizeilichen Vernehmung sofort
auf diesen Umstand hinweisen sollen. Aberdies habe er auch
Anlaß zur Anklage gegeben. Bemerkte muß werden, daß der
Herr Gerichtsrat Pollert sich bemühete, den wahren Sachverhalt
zu erörtern und seines Amtes vollständig unwürdig machte,
indem es auch anderwärts so sein. Der Arbeitwillige ver-
scherte, keinen Strafantrag gestellt zu haben, er sei auf Ver-
anlassung des Herrn Paul Fischel zur Polizei ge-
bracht worden, und dort habe der Kommissarius Samel
gegen seinen Willen den Strafantrag weitergegeben.

Ratibor, 10. März. Ein gräßlicher Vorfall spielte
sich in dem Ortsteile Stryle ab. Das Dienstmädchen Magdalen
da te ihrer Herrschaft einen Traubensaft gekocht und denselben ver-
kauft, weshalb bei der Sendamerrie Anzeige erstattet wurde. Als
das Mädchen den Traubensaft ins Haus genommen hat, begab
sie sich in ihre Kleider mit Petroleum, anzündete dieselben
an, ließ, lichterloh brennend, gleichsam wie eine lebende Fackel, auf's
Feld. Hier wurde sie in bewußtlosem Zustande von ihren Verfolgern
gefunden und in das Spital transportiert, wo sie an den er-
stlichen Brandwunden starb.

Beuthen OS., 9. März. Die Beuthener Po-
licei und das Reichsvereinsgesetz. Obwohl das
neue Reichsvereinsgesetz beinahe zwei Jahre alt geworden ist,
scheint sich die Beuthener Polizei immer noch nicht darin zu-
rechtzufinden. Als uns der Herr Kammer seine Lokalkriterien vor-
legte, entdeckte die Polizei alles in Unordnung. In kurzer
Zeit konnte er auf Duzende von Strafmandaten bilden. Der
ganze Ordnungszustand vom Schützenverein bis Kriegerverein
entschiede seine Tätigkeit, selbst eine Vorladung des Herrn War-
ner fehlte nicht. Der nächste war Herr Rosenthal, der uns
seine Lokalkriterien für Mitglieder-Versammlungen zur Verfügung
stellte. Auch ihm wurde das Leben schwer gemacht. Weil er
in seinem Lokale sozialdemokratische Versammlungen stattfinden
ließ, waren seine Lokalkriterien angeblich nicht einwandfrei. Wurde
eine Mitglieder-Versammlung bekannt gemacht, so nannten sich die
Arbeitslosenbesitzer. Am 16. Februar wurde die Mit-
glieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins durch
Polizeibeamtete verhindert. Obwohl es auf den Zeiteln ausdrück-
lich hieß, daß nur Mitglieder Zutritt hätten, schickte die Polizei
drei Kriminalbeamte nach dem Lokale. Man hatte eine Wohl-
fährtdemonstration erwartet. Schließlich hat man jetzt ein Ver-
fahren gegen Unbekannt, wegen Übertretung des Reichsvereins-
gesetzes eingeleitet. Aber nicht nur gegen die Polizei, sondern
auch gegen den Landrat liegt Anlaß zu Beschwerden vor. Die
Demokratische Vereinigung wollte im Februar in der Städtischen
Küche zu Kößberg eine Wahlrechtsdemonstration abhalten. Der
Landrat ließ in letzter Stunde sein Verbot zurück. Auf die
Frage warum, wurde erwidert, daß der Landrat gesagt habe:
„Sie können ja machen was Sie wollen, aber ich sage Ihnen,

der Herr Sekretär sagte noch hinzu, der Herr Landrat habe
in seinem Bestreben nicht gerne politische Versammlungen.“
Nach dieser Information war der Wirt, obwohl es ihm frei-
gegeben wurde, zu tun was er wollte, nach West-Preussischer
Art kurtiert. Er gab keine Lokalkriterien nicht her. In des-
selben väterlichen Art, warnt der Kriminalbeamte Kombe die
Witze: „Wie, bei Ihnen findet eine sozialdemokratische Ver-
sammlung statt, daß Ihnen aber dadurch keine Schwierigkeiten
entstehen!“ Dem Wirt S. hat dem eine Mitglieder-Versammlung
stattfinden, erhielt eine Denkschrift, daß sein Lokal zu öffent-
lichen Versammlungen nicht geeignet wäre. — Ob dieses alles
zur Lösung der Sache des Reichsvereinsgesetzes gehdrt? Das
Kerbol der Freidenker-Versammlung, wo der Regierung's-Prä-
sident eingreifen mußte, ist noch in Erinnerung. Natürlich fin-
det die Polizei bei den Ultramontanen die richtige Mittelhilfe. Schon
von wegen Loterans! Uns kann ja diese Nadelstichpolitik nicht
schaden. Es frägt sich nur, wann auch in Beuthen die rich-
tige Anwendung des Vereinsgesetzes Platz greift?

Beuthen OS., 10. März. Von der Hrbberschaf
verquatscht wurde in Städtisch-Dombrowa der Maschinist
Tymonowski. Er ist zwischen Hrbberschale und Wauerung ge-
kommen und hat dabei derauf schwere Verletzungen erlitten, daß er
auf dem Transport nach dem Bruthener Knappschichtlager
verstarb.

Kößberg, 10. März. Die marxianen Polizeibunde.
Das große Ereignis von Kößberg, wo dem Polizeiwachmeister
Kurowitz von Liebhabern eines guten Hundebrotens die beiden Polizei-
bunde gestohlen und geschlachtet worden sein sollten, hat nun eine
andere Deutung gefunden. Diese auf den Mann dressierten Polizei-
bunde wurden wildernd in dem Waldchen bei Orzegow betrogen.
von geschickten Leuten eingefangen und dem Eigentümer wieder zu-
geführt.

Lissa i. P., 9. März. Eine Mitglieder-Ver-
sammlung des Sozialdemokratischen Ver-
eins, in der Genosse Grunow aus Breslau einen Vortrag
halten sollte, beabsichtigten die Genossen hier abzuhalten. Von
den Einladungzetteln mußte wohl die für's wachsame Polizei
einen erwisch haben Lissa schlen in Gefahr, und seinen Ein-
tritt mußte doch die Polizei verhindern. Die Einladung ent-
hielt nämlich einen Hinweis darauf, daß Frauen und Gasse
Zutritt hätten. Nun soll einer noch einmal sag'n, daß die Po-
licei das Vereinsgesetz nicht kennt. Sehr genau wachte sie,
daß in eine nicht angemeldete Mitglieder-Versammlung Gasse
nicht kommen dürfen. Sie weiß aber auch weiter, daß das Lokal
für eine öffentliche Versammlung nicht genügt, und durch eine
Änderung von 150 Mark dem Wirt gegenüber, wenn die Ver-
sammlung doch stattfinden, waren die verhassten Noten um ihre
Versammlung gebracht. Andere Lokale bekommen die Arbeiter
bekanntlich in Lissa i. P. nicht. Wenn sogenannte christliche
Sekretäre unter Überleitung des evangelischen Geistlichen in
Lissa die Sozialdemokraten lokalisieren vorhaben, wie das am
27. Februar geschehen sollte, dann halten die Saalbesitzer die
Sache frei. Wie gesagt, um die Versammlung waren die Ge-
nossen gebracht, das herrliche Wetter hat aber Gelegenheit,
einen Spaziergang nach dem nahe gelegenen Walde zu unter-
nehmen. Trübweisse regen wir hinaus, und nach einer kurzen
Rast am Waldbesam geschloffen in die Stadt zurück. Die
Versammlung und somit der Vertrag des Genossen Grunow war
verboten. Wer kann oder eine Unterhaltung beim Spazierere-
gehen verbieten? Niemand! Auch die Polizei nicht. Wir
unterhielten uns über all die Dinge, die in der Versammlung
Gegenstand des Vortrages werden sollten, hatten das Ver-
gnügen eines guten Spazierganges in der frischen Luft und
hatten damit unseren Zweck doch erreicht. Die Polizei aller-
dings nicht. Denn als der kontrollierende Beamte im Ver-
sammlungslokal erschien, waren die Noten längst auf der Chaussee
in der besten Unterhaltung über alle vorliegenden politischen
Fragen und Polizeisachen. Auch dieser behdrliche Nadelstich
wird dazu beitragen, daß die Zahl der Sozialdemokraten und
die der Wohlwahrer-Leser in Lissa i. P. größer wird. Nur
weiter so, wir nehm'n die kleinen Unannehmlichkeiten gerne mit
in Kauf, erleichtern sie uns doch die Agitation.

Bromberg, 9. März. Eröffnung der Schiffabri-
kation der Reichs- und Brabe und dem Bromberger Kanal ist der
Schiffahrtbetrieb wieder eröffnet worden.

Neuer Fußballon. Bromberg hat nun auch seinen
Fußballon. Am Sonntag fand der erste Aufstieg, sowie die Taufe
des Ballons statt.

Bureaucratie im Stadtparlament. Sämt-
liche Beschlüsse der Stadtverordneten-Sitzung vom 3. Februar sind
unpfligig inolge eines Formfehlers in der Handhabung der Ge-
schäftsordnung. Es muß deshalb eine neue Sitzung stattfinden, in
der die Vorlagen, sowie die ganze Tagesordnung nochmals beraten
und darüber beschlossen wird.

Schwarzgericht. In der ersten Sitzung der am
Montag begonnenen Schwurgerichtsperiode wurde der Hbber
Barward aus Orlowea wegen räuberischer Erpressung zu 2 1/2 Jahren
Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Scharin, 8. März. Landung eines russischen
Militärballons. Am Sonntag landete bei Scharin ein
russischer Militärballon mit drei russischen Offizieren, der Vor-
mittags 10 Uhr in Jwanogorod aufgestiegen und über die Grenze ge-
zogen war. Der Ballon wurde mit der Bahn zurückbefördert, auch
die Offiziere reisten alsbald zurück. — Waren deutsche Luftschiffer,
auch wenn es keine Offiziere gewesen wären, über die russische

Das Urteil im Prozeß Pfeil.
Lissa, den 9. März 1911
Unter ungeheurer Anwesenheit des Publikums trat
Nachmittag 5 Uhr der Gerichtshof wieder zusammen, um
dem Prozesse gegen den Grafen Pfeil das Urteil zu sprechen.
Der Zutritt war nur gegen Karten gestattet, doch war die
Anwesenheit so groß, daß sie der Zuschauerraum bei weitem
nicht zu fassen vermochte, weshalb der Vorhänge gestattete,
ein Teil des Publikums im Saalraum Platz nahm.
Verhandlungsleiter fragte den Angeklagten, ob er noch
Schlußwort wünsche. — Der Angeklagte verzichtete aber dar-
auf.
— Bevor der Verhandlungsleiter zur

Urteilbegründung
schritt, wies er darauf hin, daß im Publikum verschiedene fa-
schungen enthalten seien. Von der eideschwurlichen
Aussage des Grafen sei nicht erwiesen, daß sie falsch ge-
wesen seien. Auch seien nicht die Verhandlungen der Gräfin gegen-
über dem Gerichtshof gewesen; das Gericht hatte lediglich
Frage zu prüfen, ob die gegen den Grafen erhobenen An-
klagen richtig oder unrichtig waren. Zur Begründung
übergehend, teilte der Verhandlungsleiter weiter mit, daß es
um vier Anklagen wegen Verleitung zu falschen eideschwur-
lichen Aussagen gehandelt habe, in vier Fällen um Verleit-
ung zum Meineide, in zwei Fällen um Verleitung. In den er-
sten vier Fällen ist bereits die Verurteilung eingetreten,
da die gefällige Freit von fünf Jahren ohne richterliche Ur-
teilung bereits verstrichen ist. Trotzdem ist das Gericht
in eine sorgfältige Prüfung dieser Fälle eingetreten und zu
Resultat gekommen, daß auch, abgesehen von der Verurteilung
eine Freisprechung hätte erfolgen müssen. Es handelt sich
um die Fälle Jensen, Klump, Wild, Fräulein Hermann, und
Frau Jensen. Deren Zeugenaussagen sind derartig widersprü-
chlich und ungläubig, daß eine Beeinflussung von der Ge-
richtshof unbedingt angenommen werden muß. Was die letzten
zwei Fälle anlangt, die sich auf Verleitung zum Meineide bezie-
hen, so waren in zwei Fällen die Unterlagen so wenig belastend
den Angeklagten, daß die Anklage überhaupt fallen gelassen
wurde. In den beiden anderen Fällen erfolgte gleichfalls eine
Freisprechung. Die Unstimmigkeiten in den Aussagen
der Zeugen sind nach Ansicht des Gerichtshofes hauptsächlich
die Folge der Verleitung des Grafen Pfeil, der sich
verschiedenen, nicht immer einwandfreien Mittel bediente,
Zeugen im Sinne der Partei zu beeinflussen. Gegen die
Verurteilung des Grafen Pfeil hat der Gerichtshof schwere
bedenken, doch konnte dieselbe nicht unterbleiben, da die
Stimmigkeit im Gerichtshof nicht vorhanden war. Schlüsse
die Wirklichkeit Gräfers bieten die Fälle Rosal und Blitt.
Auch in den beiden aufrechterhaltenen Anklagepunkten wegen
Verleitung zum Meineide wurde auf Freisprechung erkannt.
Der dritte Punkt betraf die Verleitung der Gräfin Pfeil.
wurde vom Angeklagten beschuldigt, eine Nota der Frau
Rosenthal (Breslau) gefälscht zu haben. Es ist nachgewiesen,
daß diese Nota nicht aus dem fraglichen Geschäft stammt.
Angeklagte hat einmal zu seinem früheren Rechtsvertre-
ter Schmeidler gesagt, die Gräfin hätte ihm gegenüber die Fälschung
eingestanden.

Die Urteile der Sachverständigen sprachen aber die
Wahrheit. In zum Teil sogar die Wahrscheinlichkeit aus, daß
Handchrift auf der Nota von der Gräfin herstamme. Doch
Nota nicht vom Grafen herrühren kann, hat die Gräfin
bestritten. Die Gräfin hat bestritten, überhaupt zur fraglichen
Zeit in Breslau gewesen zu sein, was ihr jedoch durch eine
Hotelrechnung nachgewiesen wurde. Da durch die Beweisauf-
nahme ein Beweis für die Fälschung der Nota durch die Gräfin
nicht erbracht werden konnte, so liegt immerhin eine ehren-
rätige Verurteilung der Gräfin durch den Angeklagten vor. Auf
wurde diesem der Schuldsatz § 193 ausgebilligt, so daß er
hier auf Freisprechung erkannt wurde. Eine Freisprechung
erfolgte endlich auch wegen des neunten Anklage-
punktes, verurteilende Verleitung im Falle Wulff. Die
Verurteilung über diesen Fall geschah unter Ausschluß der Öffent-
lichkeit. — Vor dem Kriegsgericht hatte sich eine große
Mengenmenge angesammelt, die dem Grafen Pfeil, der sich in
Gouvernementsgebäude zur Meldung begab, Dotationen
reichte. Aber es wurden auch Stimmen des Mißfallens über
Urteil laut.

Damit hat ein Standesprozeß sein Ende erreicht, der
dem Eulenburg-Prozeß und dem Kiefer Verurteilung war
anreicht. Das Vertrauen zur preussisch-deutschen Justiz
durch dieses Urteil einen neuen schweren Stoß erleiden.
Nur gegenüber: Graf Pfeil frei und Fürst Eule-
burg noch immer nicht verhandlungsfähig. Der Sozialdemokrat
Hans Warkwals im Eulenburgprozeß 1 1/2 Jahre
Gefängnis. So wird von Frau Justitia immer ein Sünder
dem anderen gewogen und je nach seinen Taten verurteilt
freigesprochen. Wo irgendwo aber Gble der Nation unter
Klage stehen und das Volk Gelegenheit hat, einen Einblick
in deren Familienverhältnisse zu tun, sieht es mit Schaudern
auf, was sich hinter der besondern Ehre hoher und höch-
persönlichkeiten verbirgt. Und diese Leute werfen sich zu
zern und Beherrschern des Volkes auf! Wenn Öffnen sich
nicht die Augen?

20 Tassen
eines durchsichtigen ungeschlachten und wohlschmeckenden Getränkes können Sie sich aus 1/4 Pfund Kaffeebohnen bereiten, das sich seit 20 Jahren in der ganzen Welt als bestes bewährt hat. — 1/4 Paket Kaffeebohnen bereiten 10 Pfennig

**Zigarren
Zigaretten**
in größter Auswahl
empfiehlt
Oscar Rudolph
Zigarren-Importeur
Breslau 13, Raaberstr. 61.

**Der Weg
zur Macht**
Politische Betrachtungen
über das Einwirkungsver-
hältnis in die Revolution
von
Carl Lautsch
Preis 50 Pf.
Erfahrungswelt.

Der rechte Weg
im
Haushalt
große Erspar-
nisse zu erzielen,
ist die Verwendung
der unübertroffenen, all-
gemein beliebten u. bewährten
van den Bergh'schen Margarine-
Marken
**Clever Stolz
und Vitello.**
Sie ersetzen die teure Meeresbutter vollständig sowohl zum
Kochen, Braten und Backen als auch zum Rohessen auf Brot!
In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.